

# Credit Suisse Sorgenbarometer 2022

Helvetischer Alleingang oder europäische  
Allianz?

## **Projektteam**

Lukas Golder: Politik- und Medienwissenschaftler

Cloé Jans: Politikwissenschaftlerin

Adriana Pepe: Politikwissenschaftlerin

Aaron Venetz: Politikwissenschaftler

Thomas Burgunder: Mathematiker

Daniel Bohn: Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Roland Rey: Volkswirtschaftler

# Inhaltsverzeichnis

---

---

1	Einleitung	4
1.1	Befragungskonzept und Methode	4
2	Sorgenwahrnehmung in der Schweiz 2022	6
2.2	Sorgen nach Parteipräferenzen	9
3	Identität	11
4	Vertrauen in Akteure und Institutionen	15
5	Geopolitische Lage	18
5.1	Krieg gegen die Ukraine	18
5.2	Ansehen und Verhalten gegenüber Ausland	20
6	Die Schweiz und Europa	22
6.1	Europa in den letzten 12 Monaten	22
6.2	Stellenwert Beziehungen zu Europa	23
6.3	Zukünftige Beziehungen mit Europa	25
7	Wirtschaftsentwicklung	29
7.1	Individuelle Lage	29
7.2	Schweiz und Welthandel	31
8	Synthese	34
9	Anhang	35
9.1	Sorgentabelle im Trend (1988-2022)	35
9.2	Korrelation Problembewusstsein und realpolitische Indikatoren	41
9.3	gfs.bern-Team	42

# 1 Einleitung

---

Das CREDIT SUISSE SORGENBAROMETER ist eine jährliche Studie zur Erfassung und Beobachtung der Meinung der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Das Sorgenbarometer existiert bereits seit 46 Jahren und wird seit 1995 durch gfs.bern erhoben.

Dank den Möglichkeiten der direkten Demokratie sind die Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz auf allen Ebenen des Staates (Bundesstaat, Kantone und Gemeinden) in der Lage, verschiedene Bereiche des Staates direkt und unmittelbar mitzugestalten und zu verändern. Das Credit Suisse Sorgenbarometer zeigt auf, bei welchen politischen Fragen und Themenbereichen die Stimmberechtigten besonders grossen Handlungsdruck sehen und welche als weniger dringlich eingeschätzt werden. Erfasst werden zudem auch die Wahrnehmung des wirtschaftlichen und politischen Umfelds sowie die Beurteilung der gesellschaftlichen und politischen Institutionen.

Nach den letzten beiden Jahren, die stark durch die Corona-Pandemie geprägt waren, wurde diese Krise im Frühjahr 2022 durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine abgelöst. Die vorher sehr präsenten Überlegungen zur Ausgestaltung des Gesundheitswesens und der Rolle von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Bewältigung der Pandemie rückten abrupt in den Hintergrund. Stattdessen stehen seither existenzielle Fragen der Sicherheit und der Verteidigung im Zentrum: Dabei geht es neben der militärischen Sicherheit und der Landesverteidigung in der Schweiz besonders stark auch um die Sicherheit und Zukunft der Wirtschaft und die Versorgung mit notwendigen Gütern wie Strom oder Gas im Land.

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine ist die Frage, wie sich die Schweiz im europäischen Kontext positioniert, besonders relevant. Die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der Europäischen Union (EU) wurden vor rund einem Jahr abgebrochen – ohne dass sich bis heute eine neue Perspektive für die Weiterführung der Zusammenarbeit eröffnet hätte.

So setzt sich das Sorgenbarometer 2022 nach der Pandemie erneut mit der Frage der Resilienz der Schweiz in der Krise auseinander und zeigt auf, was die Meinungen und Präferenzen der Bevölkerung zu den zentralen Fragen unserer Zeit sind.

Das Credit Suisse Sorgenbarometer stellt zusammen mit dem Jugendbarometer ein umfassendes und langjähriges demoskopisches Informationssystem zur Erfassung des gesellschaftlichen und politischen Pulses der Schweizer Bevölkerung dar.

## 1.1 Befragungskonzept und Methode

Um der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation, in der sich die Schweiz befindet, besser Rechnung tragen zu können, wird der Fragebogen des Sorgenbarometers jährlich neu evaluiert und moderat an die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse angepasst. Das gilt insbesondere für die wahrgenommenen Problemfelder. 2022 wurde darum ein spezieller Fokus auf geopolitische Unsicherheiten und die Wirtschaftsentwicklung gelegt. Der Befragungsteil zu Europa/EU wurde der aktuellen Situation rund um das Ende des Rahmenabkommens angepasst und untersucht. Neben den Präferenzen der Bevölkerung über die weitere Ausgestaltung der Beziehung der Schweiz mit Europa wurde auch untersucht, wer – in den Augen der Stimmberechtigten – nun in der Verantwortung für das Vorankommen der Verhandlungen steht.

Für das Sorgenbarometer wurden insgesamt 1'774 Stimmberechtigte aus der ganzen Schweiz in einem Mixed-Mode-Verfahren befragt. Die Daten der verschiedenen Methoden wurden einzeln auf Methodeneffekte hin geprüft. Danach erfolgte eine systematische Gewichtung, um die Repräsentativität sicherzustellen. Die Interviews wurden im Juli und August 2022 durchgeführt. Über die genauen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht.

Auftraggeber	Credit Suisse
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Politisches Gemeindeverzeichnis der Schweiz, gfs-Panel, Online-Opt-in
Datenerhebung	Face to Face (n=300) gfs-Panel (n=857) Online-Opt-in (n=617)
Stichprobengrösse	Total Befragte N=1'774
Art der Stichprobenziehung	Face to Face: Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Befragten Sprachregion (Alter/Geschlecht interlocked) gfs.bern-Panel: Einladung über das gfs.bern-Panel Online-Opt-in: Online-Rekrutierung über Social Media, freier Zugang zur Befragung
Gewichtung	nach Methode, Alter/Geschlecht interlocked, Sprachregion und Partei
Stichprobenfehler	2.3 % bei einer Verteilung von 50% zu 50% und einem 95% Konfidenzintervall
Befragungszeitraum	von Juli bis August 2022
Publikation	November 2022

Tabelle 1: Methodische Details

# 2 Sorgenwahrnehmung in der Schweiz 2022

---

Die grösste Sorge der Schweizerinnen und Schweizer im Jahr 2022 ist mit 39 Prozent der Umweltschutz / Klimawandel. Damit stehen Umwelthanliegen zum ersten Mal seit der allerersten Ausgabe des Sorgenbarometers im Jahr 1976 an der Spitze der Sorgenlandschaft der Stimmberechtigten des Landes.<sup>1</sup> An zweiter Stelle steht die Altersvorsorge, die mit 37 Prozent fast ebenso häufig zu den fünf grössten Problemen des Landes gezählt wurde.

Mit deutlichem Abstand zu den beiden Top-Themen folgen die Bereiche Energieversorgung und Europa/EU (je 25%) sowie die Inflation und Gesundheitsfragen/Krankenkassen (je 24%). Die Versorgungssicherheit der Schweiz (Energie, Medikamente, Nahrungsmittel) beschäftigt 21 Prozent und der Krieg gegen die Ukraine 20 Prozent der Stimmberechtigten.

Während es bei der Sorge "Versorgungssicherheit" primär um die Sicherstellung der Versorgung in unsicheren Zeiten und im Winter geht, dürfte die Sorge rund um Energiefragen (Platz drei) die Energiezukunft generell betreffen – also die Frage, wie die Energiestrategie der Schweiz in den kommenden Jahren aussieht und wo Kompromisse im Bereich Umwelt, Landschaftsschutz oder auch bei Technologien wie der Kernkraft dafür in Kauf genommen werden müssen.

Die letzten beide Plätze in den Top zehn der grössten Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer belegen Themen im Bereich der Migration: Zum einen die Sorge um Zuwanderung und die Personenfreizügigkeit, wobei in der Tendenz eher die Zuwanderung von Fachkräften und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das Wirtschaftssystem gemeint sind (19%). Zum anderen sorgen sich 16 Prozent um den Zustrom von geflüchteten Menschen in der Schweiz und um Fragen des Asylwesens. Dass die Stimmberechtigten bei Migrationsfragen durchaus differenzieren, zeigt sich daran, dass sich die beiden Sorgenentwicklungen effektiv an realpolitischen Entwicklungen orientieren. So korreliert der Sorgentrend im Bereich Flüchtlinge/Asyl mit der Anzahl eingereicherter Asylgesuche und der Trend im Bereich Zuwanderung mit der Anzahl gemeldeter Einwanderungen (siehe Grafiken im Anhang 9.2). Lediglich rund 4 Prozent der Befragten haben sowohl den Themenbereich Flüchtlinge/Asyl als auch Ausländerinnen und Ausländer und Personenfreizügigkeit genannt, während 31 Prozent der Stimmberechtigten entweder das eine oder das andere genannt haben.

Auf den Rängen elf bis 20 der grössten Sorgen befinden sich viele Themen, die in der Wahrnehmung der Stimmberechtigten praktisch gleiche Priorität geniessen. Darunter etwa Fragen im Bereich der Wirtschaft, respektive des Zusammenspiels zwischen Wirtschaft und Gesellschaft (Benzin-/Erdölpreis, Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Mietpreise, neue Armut, soziale Sicherheit), Fragen der Positionierung der Schweiz in der Welt (Verlust Neutralität, neue Weltordnung) oder innenpolitische Fragen, wie das Zusammenleben in der Schweiz.

Die Corona-Pandemie, die Top-Sorge der letzten Jahre, ist 2022 eindeutig in den Hintergrund gerückt. Dies deckt sich auch mit den diesjährigen Jugendbarometer-Resultaten für die Schweiz. Die Arbeitslosigkeit fällt ausserdem zum ersten Mal seit Beginn des Sorgenbarometers im Jahr 1976 aus der Top 10 der grössten Sorgen des Landes.

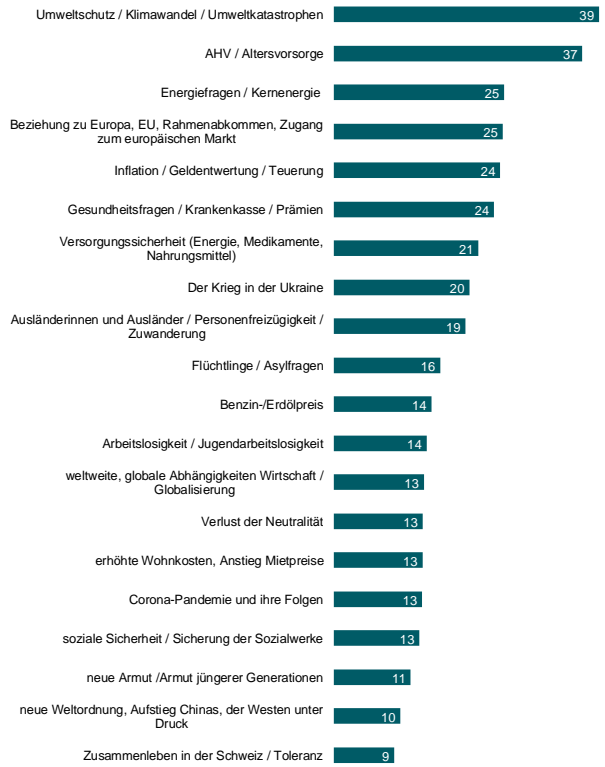
---

<sup>1</sup> vgl. Sorgenliste über die Jahre im Anhang des Berichts, Sorgenbarometers seit 1995 durch gfs.bern erhoben; Datenbasis vorhanden bis 1988.

## Top 20 Sorgen

"Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (N = 1774)

Grafik 1

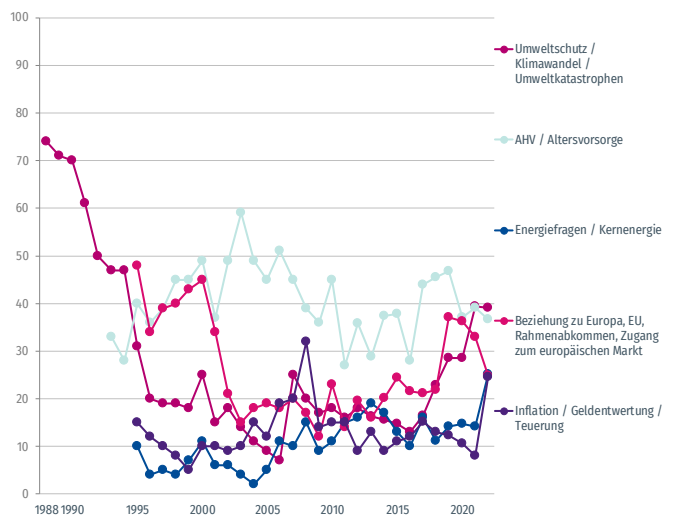
Der Umweltschutz bleibt in der Sorgenwahrnehmung der Bevölkerung im Vergleich zu 2021 praktisch unverändert. Dass das Thema neu die grösste Sorge der Stimmberechtigten ist, hat demnach mehr damit zu tun, dass die Sorge um die AHV leicht rückläufig ist im Vergleich zum Vorjahr. Zwar ist auch die Sorge um die Beziehungen zu Europa deutlich zurückgegangen im Vergleich zu den letzten drei Jahren. Der Wert 2022 bleibt aber - abgesehen von den Werten 2019, 2020 und 2021 - der höchste seit 2001.

Stark angestiegen sind die Sorgen um Energiefragen und die Teuerung/Inflation. Die Problemwahrnehmung im Bereich der Energiefragen erreicht einen neuen Höchstwert seit Messbeginn dieses Themas im Jahr 1995, und bei der Inflation ist es der zweithöchste gemessene Wert. Lediglich im Jahr der globalen Finanzkrise 2008 gaben noch mehr Leute an, sich um die Teuerung Sorgen zu machen.

## Trend Problembewusstsein (1-5)

"Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = jeweils ca. 1000)

Grafik 2

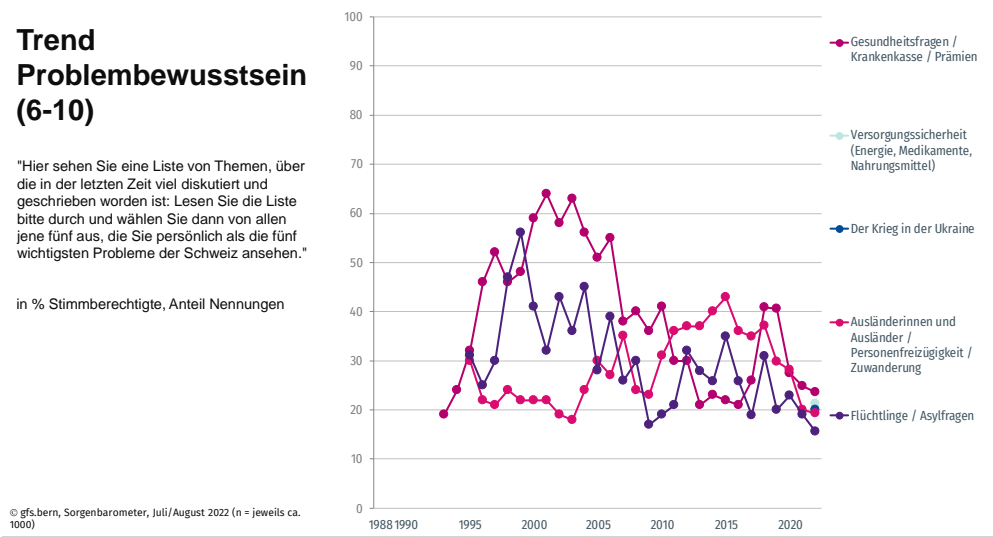
Die Befragung für das Sorgenbarometer fand im Juli und August 2022 statt. Die dieses Jahr hoch ausfallenden Prämienanstiege sind demnach in der Problemwahrnehmung im Bereich Gesundheit/Krankenkassen so noch nicht abgebildet. Im Vergleich zu 2021 ist denn auch ein leichter Rückgang in der Problempriorität der Stimmberechtigten in dieser Frage zu erkennen. Die Themen der Versorgungssicherheit wie auch des Krieges in der Ukraine wurden 2022 aus aktuellem Anlass zum ersten Mal befragt.

Die Sorgen im Bereich Migration (Flüchtlinge/Asylfragen sowie Ausländerinnen und Ausländer/ Personenfreizügigkeit/Zuwanderung) nehmen im Vergleich zu 2021 ab. In beiden Fällen ist der 2022 gemessene Wert so tief wie noch nie seit der Ergänzung der entsprechenden Sorge in der Befragung im Jahr 1995.

## Trend Problembewusstsein (6-10)

"Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen



Grafik 3

Die zehn grössten Veränderungen in der Sorgenliste seit dem letzten Jahr haben fast alle einen unmittelbaren Bezug zu den aktuellen Krisen. Zum einen wurden der Krieg gegen die Ukraine, der Verlust der Neutralität, die Versorgungssicherheit sowie das Thema einer neuen Weltordnung neu in die Sorgenliste aufgenommen und werden von mindestens 10 Prozent der Stimmberechtigten zu den fünf grössten Sorgen des Landes gezählt. Zum anderen haben aber auch Energiefragen (+ 11 Prozentpunkte), die Inflation (+17 Prozentpunkte) oder der Benzin- und Erdölpreis (+ 8 Prozentpunkte) als Sorgen an Wichtigkeit gewonnen.

Dass die neue Sicherheitskrise in Folge des Krieges die Gesundheitskrise der Corona-Jahre eindeutig abgelöst hat, zeigt auch die deutliche Abnahme der Sorge rund um die Pandemie (-27 Prozentpunkte). Die Bevölkerung der Schweiz spiegelt in der Europa-Frage die Politik von Meinungsführerinnen und Meinungsführern des Landes: Das Thema hat 2022 weniger Priorität als in den letzten Jahren. Ebenfalls zu den zehn grössten Veränderungen - verglichen mit letztem Jahr - zählt der Rückgang in der Problemwahrnehmung im Bereich der Gleichstellung von Mann und Frau.

Die Sorgenwahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer im Jahr 2022 bildet somit sowohl die grössten strukturellen Herausforderungen unserer Zeit wie auch die unmittelbaren Krisen der Gegenwart ab. Eindeutig ist für die Thementauslegung im Jahr 2022, dass Sicherheitsthemen in den Vordergrund rücken und materielle Themen - wie die Versorgungssicherheit oder auch die Teuerung - bei der Bevölkerung eine grosse Rolle spielen. Sogenannte postmaterielle Themen wie die Gleichstellung rücken dagegen angesichts der aktuellen Unsicherheiten etwas in den Hintergrund.

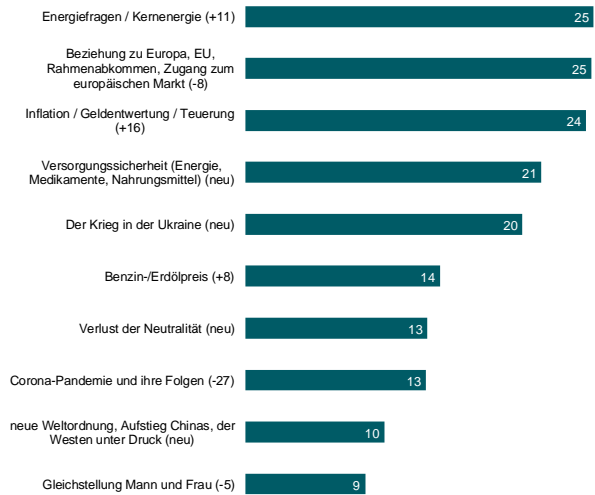


## Die 10 grössten Veränderungen verglichen mit 2021

"Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen

Veränderungen in % verglichen mit 2021 in Klammern



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = jeweils ca. 1000)

Grafik 4

## 2.2 Sorgen nach Parteipräferenzen

Während sich die Stimmberechtigten, unabhängig davon, welche Partei sie wählen, weitgehend einig sind, was die grössten Sorgen des Landes sind, ergeben sich je nach Parteipräferenz durchaus differenzierte Sorgenwelten bei den etwas weniger stark priorisierten Themen. Die untenstehende Tabelle weist die zehn grössten Sorgen nach Parteipräferenz aus.

Wählerinnen und Wähler der GPS führen als einzige die Gleichstellung von Mann und Frau in ihrem persönlichen Top-zehn-Ranking der grössten Probleme des Landes auf. Dasselbe gilt für Verkehrsfragen. Zusammen mit den Wählerinnen und Wählern der GLP sorgen sie sich zudem um die weltweite globale Abhängigkeit der Schweiz respektive um die Globalisierung. Die Wählerschaft der GLP priorisiert geopolitische Sorgen hoch, in dem sie sich zudem grosse Sorgen um die Verschiebungen in der Weltordnung (Aufstieg China/Westen unter Druck) macht.

Für Personen, die am ehesten die SP wählen, steht hingegen die Sozialpolitik hoch oben auf der Sorgenliste. In Übereinstimmung mit wichtigen Eckpfeilern des Parteiprogramms der SP, sehen diese Personen mitunter die soziale Sicherheit, hohe Wohnkosten und tiefe Löhne als die grössten Probleme des Landes.

Die Wählerschaft der Mitte sorgt sich - zusammen mit jener der SVP- stärker um den Verlust der Neutralität als der Rest der Schweiz. Bei der SVP unterscheidet sich die Sorgenlandschaft der Wählerschaft zudem noch, indem die Arbeitslosigkeit und der gestiegene Benzin- und Erdölpreis ebenfalls überdurchschnittlich priorisiert werden. Wer FDP wählt, weicht bei den grössten Sorgen nur bei den Benzin- und Erdölpreisen vom Durchschnitt der Schweizerinnen und Schweizer ab.

Die Gruppe der Personen ohne gefestigte Parteizugehörigkeit zeigt sich hinsichtlich zweier Themen stärker besorgt als die restliche Schweiz. Ebenso wie bei Personen mit Sympathien für die SP gehört die Sorge um die hohen Wohnkosten zu den Top zehn, und das Thema der neuen Armut hat ebenfalls einen klar sozialpolitischen Charakter.

Die rot markierten Themen zeigen auf, welche Sorgen am ehesten als "neue Unsicherheitsthemen" im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine und seinen Folgen eingeordnet werden können. Zum einen sind das die Sorgen um den Krieg selbst, aber auch Sorgen um die Versorgungssicherheit, die Inflation oder die künftige Ausgestaltung der Energiestrategie der Schweiz. Der Verlust der Neutralität sowie Benzin- und Erdölpreise gehören ebenfalls in diese Gruppe. Diese bleiben jedoch blau markiert, da sie sonst nicht als Abweichung vom Durchschnitt der Top zehn zu erkennen sind. Die Verteilung dieser neuen Unsicherheitsthemen nach Parteiwählerschaft zeigt auf, dass die Sorgenwahrnehmung um diese Fragen im bürgerlichen Lager deutlich stärker vorhanden ist als bei Schweizerinnen und

Schweizern mit einer linken Parteipräferenz. Je weiter man im politischen Spektrum nach rechts schaut, desto mehr erscheinen diese Themen in den Top zehn oder/und desto höher werden sie von den Befragten in der Sorgenliste priorisiert. Die Ausnahme stellen Energiefragen bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen dar, die als Anti-AKW-Partei traditionellerweise einen engen Bezug zu diesen Themen hat.

Rang	GPS	SP	GLP	Mitte	FDP	SVP	Parteiun- gebunden
1	Umwelt	Umwelt	Umwelt	AHV	AHV	AHV	Gesundheit/ Krankenkasse
2	Energiefragen	AHV	AHV	Umwelt	Europa	Inflation	Umwelt
3	AHV	Europa	Europa	Versorgungs- sicherheit	Energiefragen	Ausländer	Inflation
4	Europa	Gesundheit/ Krankenkasse	Versorgungs- sicherheit	Krieg Ukraine	Inflation	Flüchtlinge/ Asyl	AHV
5	Gesundheit/ Krankenkasse	Krieg Ukraine	Energiefragen	Energiefragen	Umwelt	Energiefragen	Wohnkosten
6	Krieg Ukraine	Energiefragen	Gesundheit/ Krankenkasse	Flüchtlinge/ Asyl	Ausländer	Europa	Versorgungs- sicherheit
7	Gleichstellung	soziale Sicherheit	Krieg Ukraine	Europa	Versorgungs- sicherheit	Verlust Neutralität	neue Armut
8	Versorgungs- sicherheit	Inflation	Inflation	Ausländer	Gesundheit/ Krankenkasse	Krieg Ukraine	Energiefragen
9	Globalisierung	Wohnkosten	neue Weltordnung	Gesundheit/ Krankenkasse	Krieg Ukraine	Arbeitslosigkeit	Ausländer
10	Verkehrsfragen	tiefe Löhne	Globalisierung	Verlust Neutralität	Benzin/ Erdölpreis	Benzin/ Erdölpreis	Krieg Ukraine

Tabelle 1: Rangliste Sorgen nach Partei. Blau markiert: Abweichung von Top 10 der gesamten Schweizer Bevölkerung. Rot markiert: Unsicherheitsthemen als Folge des Krieges

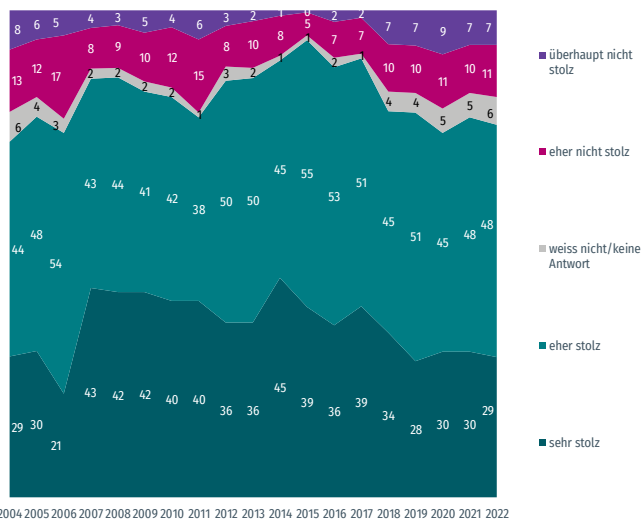
# 3 Identität

Eine klare Mehrheit von 77 Prozent der Stimmberechtigten ist stolz, Schweizerin oder Schweizer zu sein. Dieser Anteil ist in den letzten Jahren zwar etwas gesunken, bleibt aber nach wie vor auf vergleichsweise hohem Niveau.

## Trend Stolz Schweizer/Schweizerin zu sein

"Und jetzt zur Schweiz ganz allgemein. Sind Sie stolz, Schweizer/Schweizerin zu sein?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (N = 1774)

Grafik 5

In den Augen der Schweizerinnen und Schweizer steht die Schweiz in erster Linie für Sicherheit und Stabilität. Diese Sichtweise dürfte durch die unruhigen letzten Jahre noch bestärkt worden sein. An zweiter Stelle nennen die Befragten das politische System des Landes respektive Demokratie und Volksrechte und an vierter Stelle die Neutralität. Damit betonen die Befragten den zentralen Stellenwert unserer politischen Institutionen, nicht nur für die Funktionsweise des Landes, sondern auch für die Identität aller Bürgerinnen und Bürger. Der Föderalismus ist zwar ebenfalls ein Eckpfeiler der politischen Schweiz, steht aber offenbar bei den wichtigsten Eigenschaften nicht im Vordergrund. Dasselbe gilt für die Kompromiss-/Konsenskultur und den Minderheitenschutz.

Über das politische System hinaus verbinden viele die Schweiz mit Heimat und Tradition, schöner Landschaft und einer spektakulären Natur und generell mit Lebensqualität, Wohlstand oder Reichtum. Auch zuweilen "typisch schweizerische" Eigenschaften wie Fleiss, Bodenständigkeit, Rechtschaffenheit oder Ordnung und Präzision werden häufig genannt.

Typische Produkte wie Käse, Schokolade oder Uhren, die insbesondere im Ausland stark mit der Schweiz in Verbindung gebracht werden, gehören in den Augen der Stimmberechtigten selber nicht zu den Dingen, die den Kern der Schweiz darstellen.

## Wofür die Schweiz steht

"Sagen Sie mir bitte drei Dinge, wofür die Schweiz für Sie persönlich steht."

in % Stimmberechtigte, offene Nennungen

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)



Grafik 6

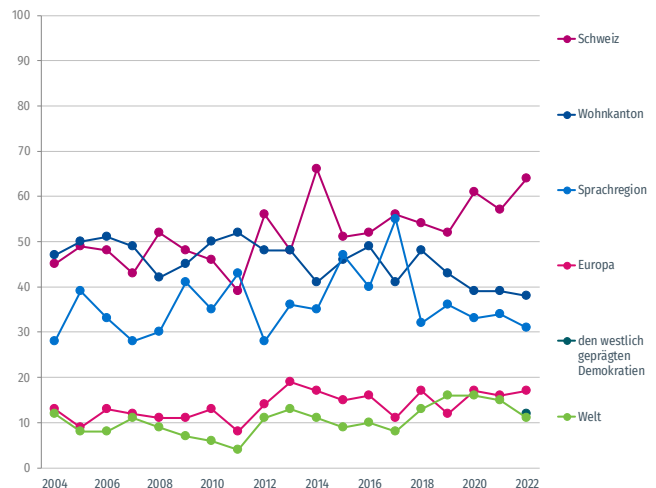
Die Schweizer Bevölkerung identifiziert sich zunehmend mit dem Land als Ganzes. Insbesondere in den letzten vier Jahren hat sich zwischen der gefühlten Zugehörigkeit zur Schweiz und der Zugehörigkeit zu den restlichen geografischen Einheiten ein Graben aufgetan: Die Stimmberechtigten identifizieren sich immer weniger mit dem eigenen Wohnkanton oder auch der Sprachregion. Zwischen geografischen Einheiten innerhalb der Schweiz und übergeordneten Ebenen, wie Europa, der Welt oder den westlich geprägten Demokratien als Ländergruppe mit gemeinsamen Werten und Grundsätzen, besteht in der Zuschreibung der Zugehörigkeit durch die Befragten ein klarer Unterschied. Nur die wenigsten verstehen sich in erster oder auch nur in zweiter Linie als Weltbürgerinnen und Weltbürger oder als Bürgerinnen und Bürger Europas.

## Trend Zugehörigkeit geographische Einheit (in erster und zweiter Linie)

"Welcher dieser geographischen Einheiten auf dieser Liste hier fühlen Sie sich in 1. Linie zugehörig? Und welcher fühlen Sie sich in zweiter Linie zugehörig?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)



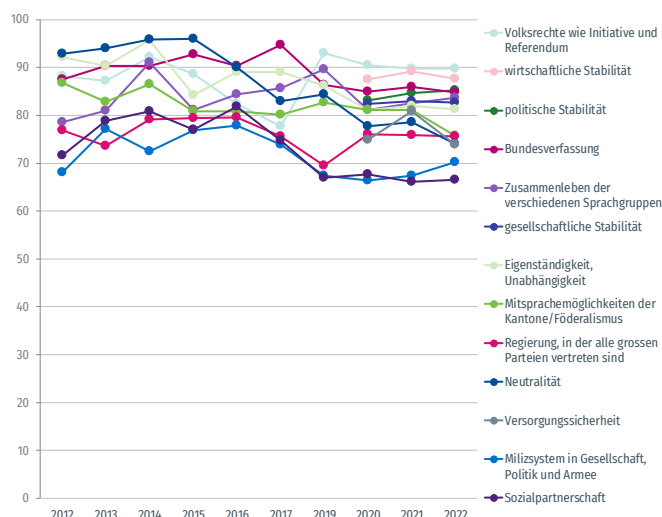
Grafik 7

Die politischen Institutionen sind ein wesentliches Element der Schweizer Identität. Entsprechend ist man auf viele Elemente der hiesigen Politik stolz. Dazu gehören insbesondere die Volksrechte (Volksinitiative und Referendum), die wirtschaftliche und politische Stabilität oder auch die Eigenständigkeit respektive Unabhängigkeit des Landes. Gerade mit Bezug auf die Unabhängigkeit der Schweiz ist jedoch im Trend in den letzten zehn Jahren ein Rückgang zu beobachten: Die Stimmberechtigten sind im Vergleich zu früher sichtbar weniger stolz auf dieses Element der Schweizer Politik. Dasselbe gilt für die Neutralität. In beiden Fällen besteht – analog zur Auswertung der Sorgen nach Parteizugehörigkeit – ein klarer Unterschied nach Parteizugehörigkeit: Je weiter links die präferierte Partei steht, desto geringer ist der Anteil Personen, die angeben, stolz auf die Neutralität oder die Eigenständigkeit der Schweiz zu sein. Einen neuen Tiefstwert seit 2012 erreicht zudem auch der Föderalismus, respektive die Mitsprache der Kantone.

### Trend Stolz auf Elemente der Schweizer Politik

"Gibt es bestimmte Dinge, auf die Sie an der schweizerischen Politik besonders stolz sind?"

in % Stimmberechtigte, die...



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (N = 1774)

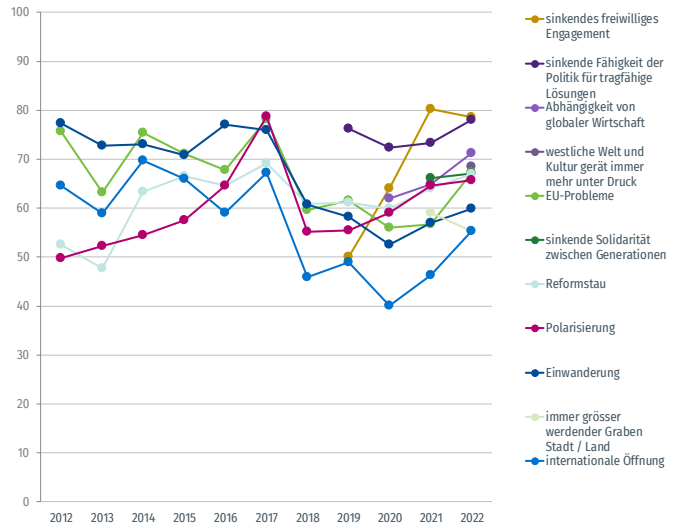
Grafik 8

Fragt man nach einzelnen Faktoren, welche die Identität der Schweiz gefährden, spielt der Druck von aussen in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen für viele Befragte eine wesentliche Rolle. Konkret schätzt man die Abhängigkeit der Schweiz von der globalen Wirtschaft (71%), die Probleme, welche die EU mit sich bringt (67%), die Einwanderung (60%) oder die internationale Öffnung (55%) im Vergleich zum letzten Jahr zunehmend als Gefahr für die Identität der Schweiz ein. Dass die westlichen Werte im neuen geopolitischen Tauziehen generell unter Druck geraten, schätzen 68 Prozent als Gefahr für die Kernidee der Schweiz ein. Neben den Kräften, die von aussen auf die Schweiz einwirken, identifizieren die Stimmberechtigten aber auch eigene, hausgemachte Probleme – allen voran das sinkende freiwillige Engagement (79%) und die Unfähigkeit der Politik, tragfähige Lösungen für Probleme zu finden (78%). Seit einigen Jahren empfinden die Schweizerinnen und Schweizer zudem den Reformstau (67%) und die zunehmende politische Polarisierung (66%) wieder vermehrt als Gefahr für die Identität des Landes.

## Trend Gefährdung Schweizer Identität

"Man hört verschiedene Argumente, wieso die Schweizer Identität gefährdet werden könnte. Geben Sie bitte an, ob Sie durch folgende möglichen Ursachen die Schweizer Identität sehr gefährdet, eher gefährdet, eher nicht gefährdet oder überhaupt nicht gefährdet sehen."

in % Stimmberechtigte, Anteil sehr/eher gefährdet



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)

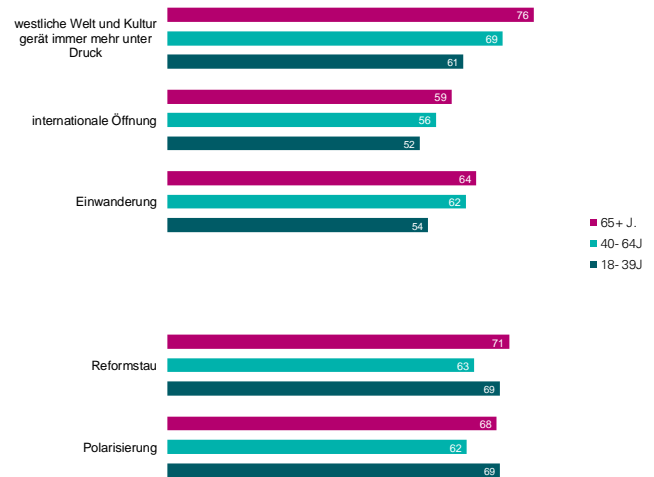
Grafik 9

Jüngere Personen nehmen in der Öffnung der Schweiz und der Vermischung der hiesigen Kultur mit Einflüssen von aussen eine weniger grosse Gefahr für die Identität des Landes wahr, als dies bei älteren Schweizerinnen und Schweizern der Fall ist. Dagegen haben die jüngsten Befragten (bis 39 Jahre) und die älteste Kohorte (ab 65 Jahren) eine ähnliche Wahrnehmung, wenn es um die Probleme "Reformstau" und (politische) "Polarisierung" geht, während Personen mittleren Alters dies weniger stark in den Vordergrund rücken.

## Gefährdung Identität nach Altersgruppen (Auswahl)

"Man hört verschiedene Argumente, wieso die Schweizer Identität gefährdet werden könnte. Sagen Sie mir, ob Sie durch folgende möglichen Ursachen die Schweizer Identität sehr gefährdet, eher gefährdet, eher nicht gefährdet oder überhaupt nicht gefährdet sehen."

in % Stimmberechtigte, Anteil "sehr/eher gefährdet"



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)

Grafik 10

# 4 Vertrauen in Akteure und Institutionen

Seit 2019 ist in der Schweiz das Vertrauen in Institutionen im Bereich Politik, Behörden und in der Zivilgesellschaft weitgehend stabil. Im Vergleich zu 2021 hat sich das durchschnittliche Vertrauen sogar praktisch überall wieder etwas erhöht. Angesichts der grossen Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Corona-Krise und dem Krieg gegen die Ukraine scheinen die Schweizerinnen und Schweizer eine gewisse Sicherheit in Bewährtem zu suchen.

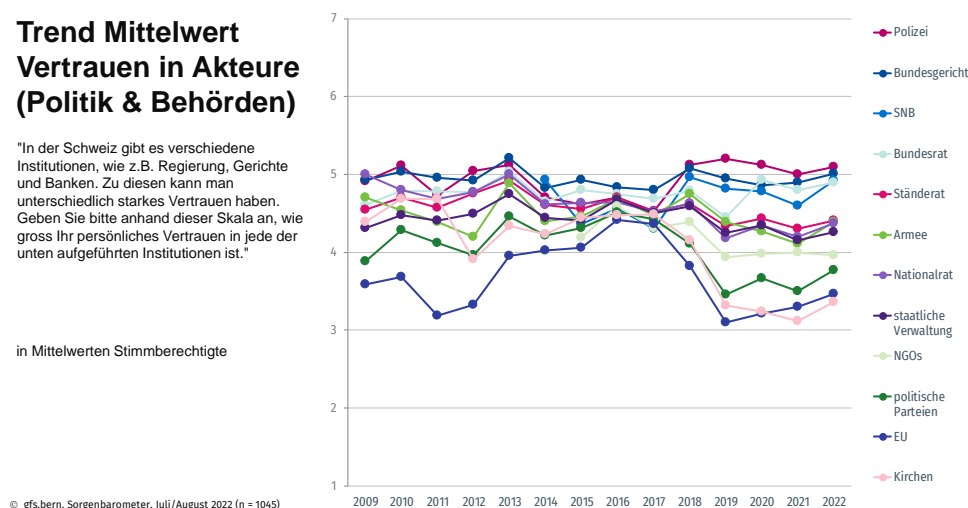
Die Polizei bleibt der Akteur mit dem grössten durchschnittlichen Vertrauen, gefolgt vom Bundesgericht und dem Bundesrat, der in den letzten drei Jahren – zuweilen zugeschriebene Führungsschwäche hin oder her – konstant hohe Werte erzielt und deutlich mehr Vertrauen genießt als die Legislative (Ständerat/Nationalrat), die staatliche Verwaltung oder die politischen Parteien. Letztere konnten seit 2019 aber eher an Vertrauen dazugewinnen. Deutlich zugelegt hat im Vergleich zum letzten Jahr auch das Vertrauen in die Schweizerische Nationalbank (SNB).

Auf tiefem Niveau gewinnt seit 2019 auch die EU wieder stärker an Vertrauen. Die Werte liegen jedoch weiterhin deutlich unter jenen zwischen 2013 und 2017.

## Trend Mittelwert Vertrauen in Akteure (Politik & Behörden)

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Geben Sie bitte anhand dieser Skala an, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede der unten aufgeführten Institutionen ist."

in Mittelwerten Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1045)

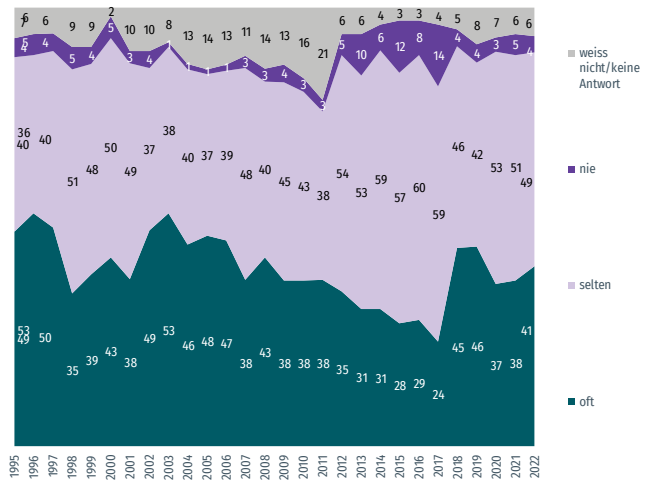
Grafik 11

Passend zum weitgehend stabilen Vertrauen in politische Institutionen bleibt auch der Anteil Stimmberechtigter, die der Politik vorwerfen, oft zu versagen in den letzten drei Jahren vergleichsweise hoch. Rund 40 Prozent sind der Meinung, die Politik versage oft, rund 50 Prozent finden, das sei nur selten der Fall. Dass die Politik jedoch nie versage, findet lediglich eine kleine Minderheit von weniger als 10 Prozent der Stimmberechtigten. Während der Pandemie wurde immer wieder sehr kritisch über die Arbeit und Krisenbewältigung von Regierung und Politik gesprochen. Zwar haben sich durchaus neue regierungskritische Gruppierungen gegründet in dieser Zeit; eine substantielle und nachhaltige Erhöhung des Bevölkerungsanteils mit dezidiertem Misstrauen gegenüber der Politik ist jedoch nicht ersichtlich. Im Gegenteil: Seit Ausbruch der Pandemie im Jahr 2020 sind es sogar etwas weniger Stimmberechtigte, die der Regierung ständiges Versagen vorwerfen.

## Trend Politikversagen

"Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (N = 1774)

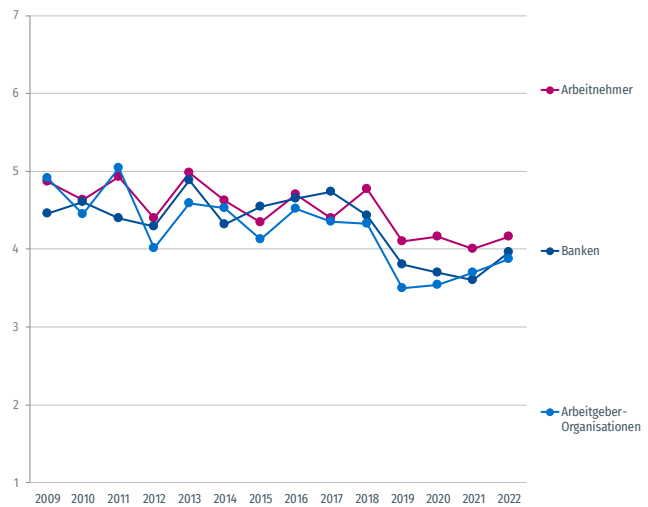
Grafik 12

Wie bei der Politik nimmt auch das Vertrauen in die Wirtschaft im Vergleich zum letzten Jahr zu. Bei den Arbeitgeberorganisationen ist ein kontinuierlicher Anstieg seit 2020 zu verzeichnen. Dieser erfolgt allerdings von einem Tiefstpunkt im Jahr 2019 aus und kann aktuell noch nicht an das ehemals deutlich höhere Vertrauensniveau anschliessen. Dasselbe gilt für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen: Hier war der Einbruch nicht ganz so deutlich. Seit 2019 bleiben die Werte dafür relativ konstant. Bei den Banken ist im Vergleich zu 2021 ein deutlicher Anstieg im Vertrauen zu verzeichnen. Allerdings bleibt man auch hier unter den Werten bis 2018 zurück.

## Trend Mittelwert Vertrauen in Akteure (Wirtschaft)

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Geben Sie bitte anhand dieser Skala an, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede der unten aufgeführten Institutionen ist."

in Mittelwerten Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1045)

Grafik 13

Der Anteil Personen, die der Wirtschaft ein Versagen vorwerfen, ist weitgehend vergleichbar mit dem Anteil Personen, die finden, die Politik versage oft. Während der grösste Teil der Befragten (rund zwei Drittel) sowohl der Wirtschaft als auch der Politik Versagen vorwerfen, gibt es auch eine Minderheit (rund ein Drittel), welche entweder die Arbeit der Politik oder aber der Wirtschaft kritischer sieht. Während die Ansicht, die Politik versage oft, eher von bürgerlichen oder rechten Wählerinnen und Wählern vertreten wird, ist es beim Versagen der Wirtschaft genau umgekehrt. Dieser Meinung sind Personen mit einer linken Einstellung tendenziell häufiger. Bei Personen ohne Parteibindung ist das in beiden Fällen ungefähr gleich ausgeprägt.

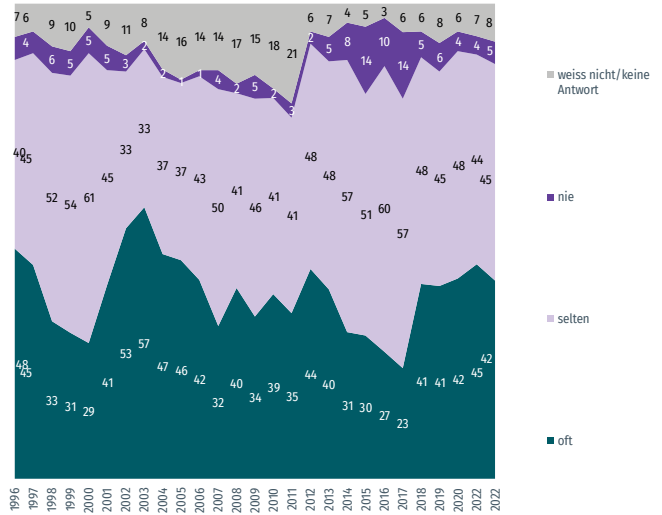


## Trend Wirtschaftsversagen

"Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (N = 1774)



Grafik 14

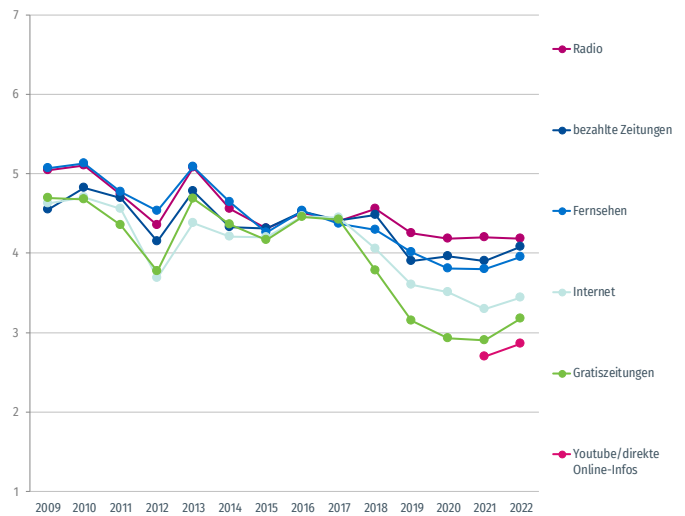
Das höchste Vertrauen unter den abgefragten Akteuren im Bereich der Medien genießt seit 2018 das Radio. Das Vertrauen in bezahlte Zeitungen und das Fernsehen ist allerdings fast gleich hoch – insbesondere, da bei diesen beiden Akteuren im Vergleich zu 2021 ein leichter Anstieg im Durchschnittswert zu beobachten ist. Die redaktionellen Medien (abgesehen von Gratiszeitungen) heben sich somit bezüglich des geäußerten Vertrauens deutlich von Plattformen ab, deren Inhalt nicht nach journalistischen Standards geprüft und aufbereitet wird. Obwohl das Vertrauen in Gratiszeitungen im Vergleich zu 2021 deutlich zugenommen hat, bleibt diese Medienform in der Vertrauenswahrnehmung eher mit dem Vertrauen in Social Media Plattformen und dem Internet generell vergleichbar, als mit Radio, Fernsehen, oder bezahlten Zeitungen.

## Trend Mittelwert Vertrauen in Akteure (Medien)

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Geben Sie bitte anhand dieser Skala an, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede der unten aufgeführten Institutionen ist."

in Mittelwerten Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1045)

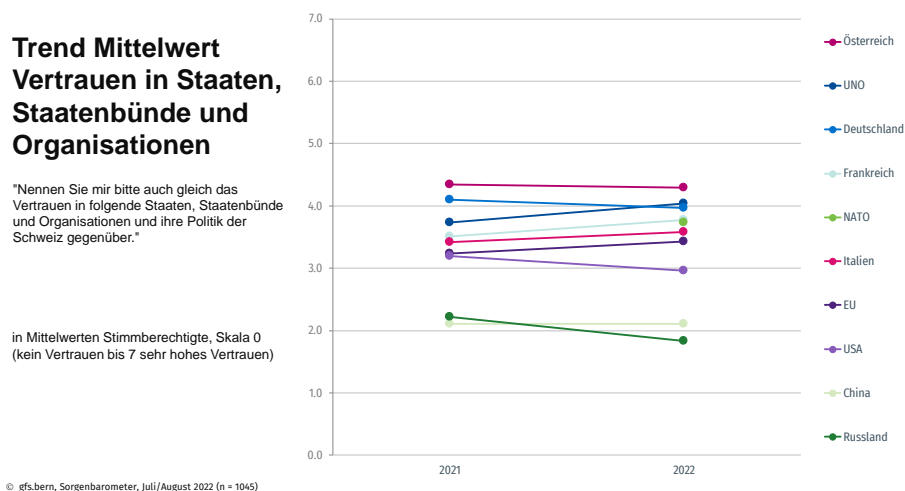


Grafik 15

# 5 Geopolitische Lage

International vertrauen die Stimmberechtigten der Schweiz im Ländervergleich Österreich leicht mehr als Deutschland oder Frankreich und der UNO leicht mehr als der NATO. Das Vertrauen in Italien ist ungefähr vergleichbar mit dem Vertrauen in die EU. Und das Vertrauen in die USA ist tiefer als in alle bisher genannten Staaten, Staatenbünde oder Organisationen. Während das Vertrauen in die europäischen Nachbarstaaten in der Tendenz im Vergleich zum letzten Jahr eher zugenommen hat, ist bei den USA das Gegenteil der Fall – trotz der zentralen Rolle des Landes in der Unterstützung der Ukraine im Krieg.

Vergleichsweise tief fällt das Vertrauen in Russland und China aus. Während das Vertrauen in China weitgehend stabil bleibt, ist im Fall von Russland ein deutlicher Rückgang zu beobachten.



Grafik 16

## 5.1 Krieg gegen die Ukraine

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine prägt die mediale Berichterstattung in der Schweiz seit seinem Ausbruch im Februar 2022 weitgehend. Eine Analyse des Forschungszentrums für Öffentlichkeit und Gesellschaft (FOEG) der Universität Zürich zeigt, dass in diesem Jahr zwischen 45 Prozent (Maximum) und 12 Prozent (Minimum) der gesamten Berichterstattung in der Schweiz zum Krieg gegen die Ukraine erfolgte.<sup>2</sup> Dennoch geben lediglich 12 Prozent der Stimmberechtigten an, dass sie der Krieg persönlich sehr stark beschäftigen würde. Weitere 43 Prozent geben an, dass der Krieg sie eher stark beschäftigt. Nur wenig oder gar nicht betroffen/beschäftigt fühlen sich 42 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer.

Ähnlich gross sind die Lager, wenn es um die Beurteilung der Schweizer Politik im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine geht: 42 Prozent geben an, unzufrieden zu sein, 49 Prozent finden dagegen, die Schweiz hätte mindestens einigermaßen einen guten Job gemacht.

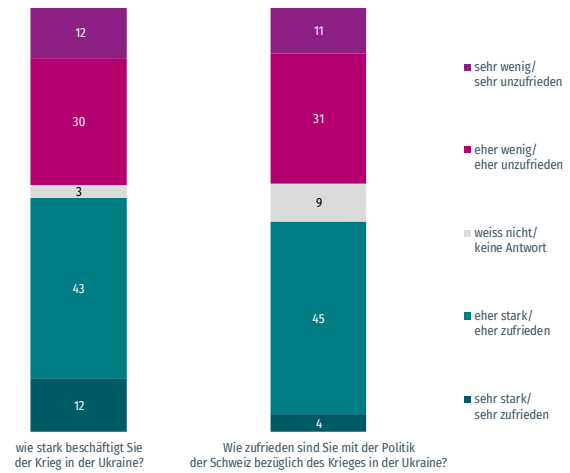
<sup>2</sup> Medien berichten qualitativ gut über den Ukraine-Krieg vom fög – Forschungszentrum für Öffentlichkeit und Gesellschaft

## Wahrnehmung Krieg gegen die Ukraine

"Wie stark beschäftigt Sie der Krieg in der Ukraine persönlich?"

"Wie zufrieden sind Sie mit der Politik der Schweiz bezüglich des Krieges in der Ukraine?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juni/Juli 2022 (n = 1045)

Grafik 17

Die Schweizer Stimmberechtigten sind klar der Meinung, dass die Schweiz, wie auch andere westliche Demokratien, so schnell wie möglich von russischem Gas und Erdöl unabhängig werden soll (88% sehr/eher einverstanden). Ebenfalls mehrheitlich ist man der Meinung, dass die aktuellen geopolitischen Unsicherheiten zeigen würden, dass die Idee einer vorbehaltlosen Globalisierung gescheitert ist.

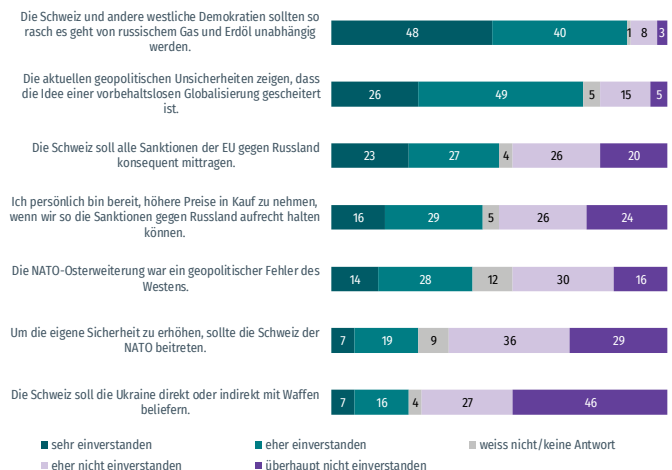
Bereits weniger klar fallen die Verdikte aus, wenn es um die Sanktionspolitik der Schweiz oder um die NATO-Osterweiterung geht. Ungefähr gleich viele Stimmberechtigte äussern sich für respektive gegen die konsequente Übernahme aller EU-Sanktionen gegen Russland. Und auch bezüglich der Frage, ob man bereit ist, persönlich höhere Preise in Kauf zu nehmen, um die Sanktionen aufrecht zu halten, sind die Schweizerinnen und Schweizer gespaltenen Meinung. 42 Prozent sind mindestens eher der Meinung, die NATO-Osterweiterung sei ein geopolitischer Fehler des Westens gewesen. Dieser Aussage widersprechen dagegen 46 Prozent.

Die Schweizer Bevölkerung spricht sich des Weiteren klar gegen einen NATO-Beitritt der Schweiz aus (65% überhaupt/eher nicht einverstanden) und lehnt die Belieferung der Ukraine mit Schweizer Waffen ab (73% überhaupt/eher nicht einverstanden).

## Aussagen zu Ukraine-Konflikt

"Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit Krieg, Konflikten und geopolitischen Unsicherheiten?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2021 (N = 1045)

Grafik 18

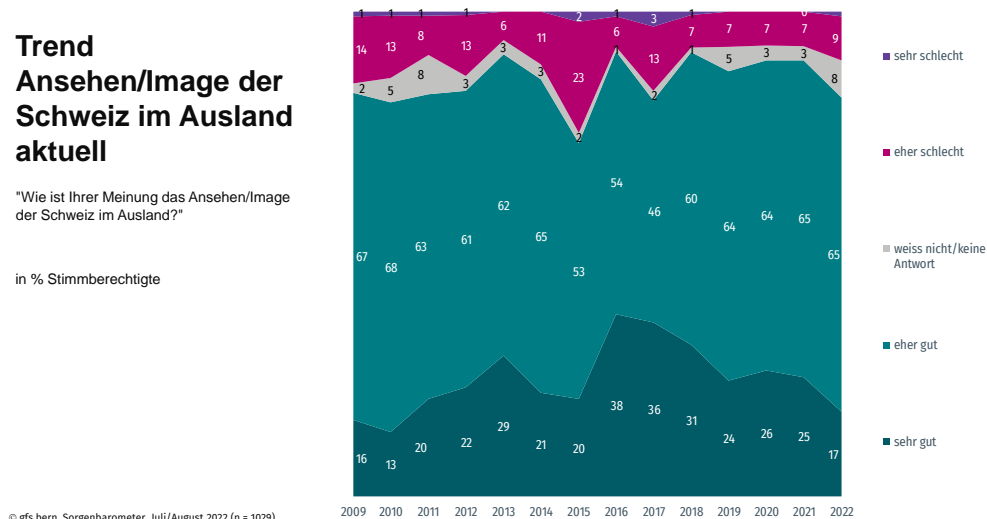
## 5.2 Ansehen und Verhalten gegenüber Ausland

In der Selbstwahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer ist das Ansehen der Schweiz im Ausland insgesamt gut. Der Anteil Stimmberechtigter, der das Image der Schweiz als sehr gut einschätzt, ist allerdings seit 2017 rückläufig und von knapp 40 Prozent im Jahr 2016 auf unter 20 Prozent in diesem Jahr gesunken. Aktuell ist dies vor allem auf einen Anstieg im Anteil Befragter zurückzuführen, die keine gerichtete Antwort (weiss nicht/keine Antwort) auf diese Frage geben und somit keine klare Stellungnahme abgeben wollen.

### Trend Ansehen/Image der Schweiz im Ausland aktuell

"Wie ist Ihrer Meinung das Ansehen/Image der Schweiz im Ausland?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)

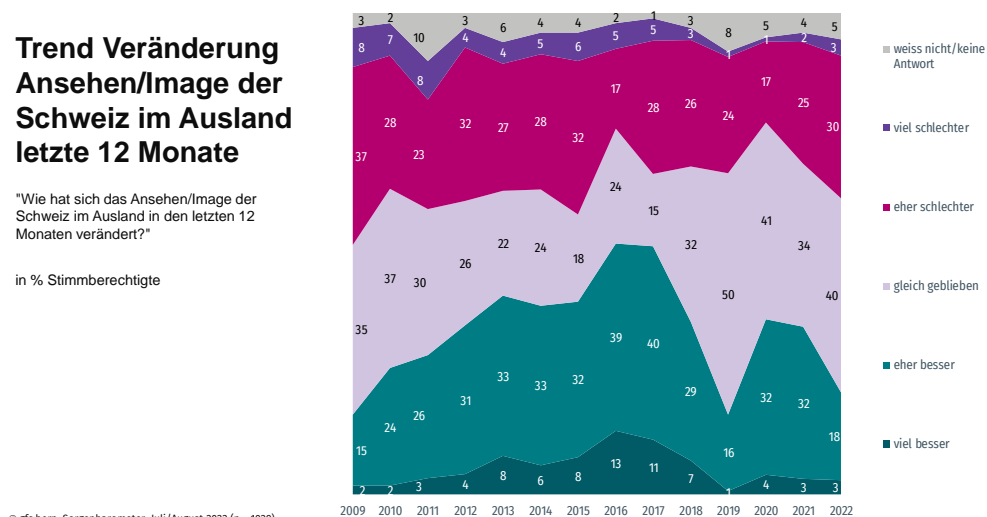
Grafik 19

Die leichte Verschlechterung in der Einschätzung der Wahrnehmung der Schweiz im Ausland bestätigt sich auch bei der Frage nach der Veränderung im Image in den letzten zwölf Monaten: Seit 2020 gab es beim Anteil jener, welche eine Verschlechterung wahrnehmen, beinahe eine Verdoppelung (von 18% Anteil viel/eher schlechter auf 33%).

### Trend Veränderung Ansehen/Image der Schweiz im Ausland letzte 12 Monate

"Wie hat sich das Ansehen/Image der Schweiz im Ausland in den letzten 12 Monaten verändert?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)

Grafik 20

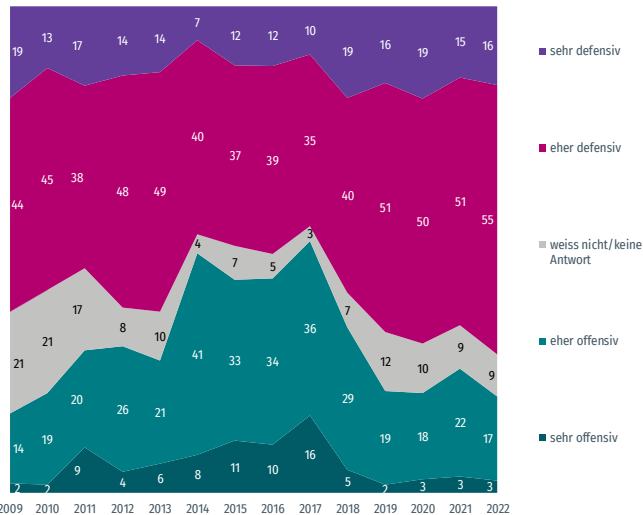
Die Verschlechterung des Schweizer Images im Ausland dürfte in den Augen der Stimmberechtigten aber nicht zwingend an einer zu offensiven Politik gegenüber anderen Staaten liegen. In den Augen einer klaren Mehrheit der Befragten verhält sich die Schweizer Politik gegenüber dem Ausland (weiterhin) eher oder sogar sehr defensiv. Nach einer kurzen Erhöhung des Anteils jener, die eher eine offensive Politik beobachteten im Jahr 2014 (im Nachgang der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative), ist dieses Lager seit 2019 wieder auf das Niveau vor 2014 geschrumpft.

### Trend Verhalten Schweizer Politik gegenüber dem Ausland

"Wie verhält sich die Schweizer Politik gegenüber dem Ausland, wenn es um die Anliegen des Landes geht?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)



Grafik 21

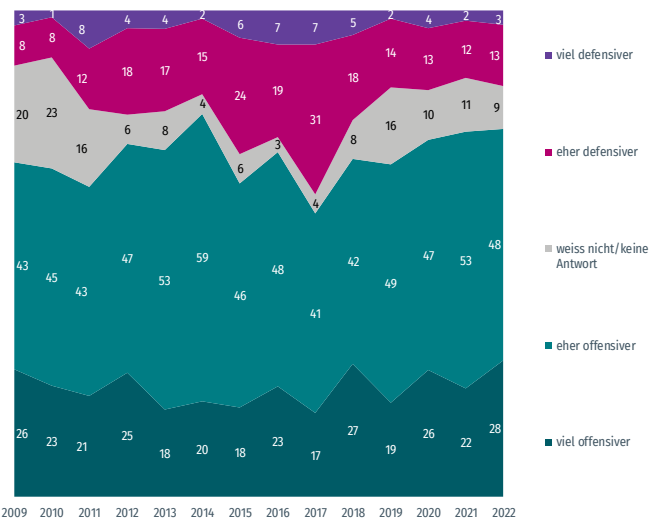
Die Politik agiert defensiv. Dabei wünscht sich die Stimmbevölkerung das Gegenteil und im Jahresvergleich zunehmend ein viel offensiveres Verhalten gegenüber dem Ausland.

### Trend gewünschtes Verhalten Schweizer Politik gegenüber dem Ausland

"Und wie sollte sich die Schweizer Politik gegenüber dem Ausland verhalten, wenn es um die Anliegen des Landes geht?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)



Grafik 22

# 6 Die Schweiz und Europa

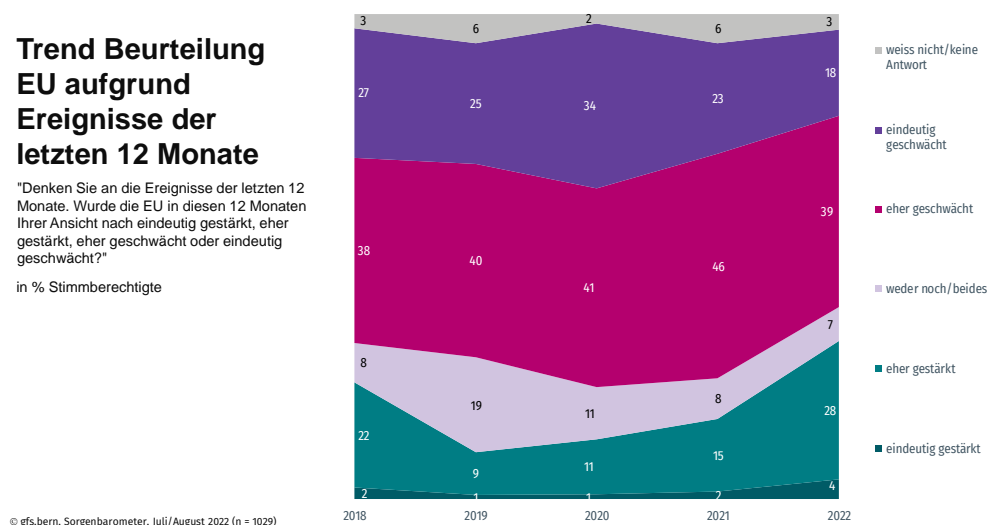
## 6.1 Europa in den letzten 12 Monaten

Seit 2018 ist eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer Jahr für Jahr der Meinung, dass die Ereignisse der letzten zwölf Monate die EU eher geschwächt als gestärkt haben. Allerdings nimmt der Anteil Befragter mit gegenteiliger Meinung seit 2019 auf tiefem Niveau zu. Die Pandemie-Jahre haben somit also mindestens bei einer Minderheit einen positiven Effekt auf die Wahrnehmung der EU. Dieser Trend wurde im letzten Jahr und durch den Krieg gegen die Ukraine zudem noch verstärkt. Konkret sind 32 Prozent der Meinung, die EU sei gestärkt aus den letzten zwölf Monaten gekommen. Das ist ein neuer Höchstwert. Zugleich liegt der Anteil jener Befragten, die die EU als geschwächt wahrnehmen, zum ersten Mal unter 60 Prozent (57% eindeutig/eher geschwächt).

### Trend Beurteilung EU aufgrund Ereignisse der letzten 12 Monate

"Denken Sie an die Ereignisse der letzten 12 Monate. Wurde die EU in diesen 12 Monaten Ihrer Ansicht nach eindeutig gestärkt, eher gestärkt, eher geschwächt oder eindeutig geschwächt?"

in % Stimmberechtigte



Grafik 23

Der Eindruck, dass der Krieg gegen die Ukraine für das Zusammenrücken Europas wichtiger sein dürfte als die Corona-Pandemie, bestätigt die untenstehende Grafik. Im gleichen Zeitraum (Jahr 2022) gaben 30 Prozent an, Europa sei in der Corona-Krise zusammengedrückt, verglichen mit 52 Prozent während des Krieges in der Ukraine.

## Veränderung Europa während der Krise

### Corona und Krieg gegen die Ukraine

"Wie hat sich Europa verändert in der Corona-Krise?"

"Und wie hat sich Europa verändert während des Krieges in der Ukraine?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)

Grafik 24

Die Stimmberechtigten nehmen Europa also weiterhin eher als eine Institution wahr, die seit Jahren gegen das Auseinanderdriften zu kämpfen hat, als dass ein Zusammenwachsen stattfindet. Dennoch geht Europa aus den letzten drei Jahren gemäss den Schweizer Stimmberechtigten eher gestärkt als geschwächt hervor.

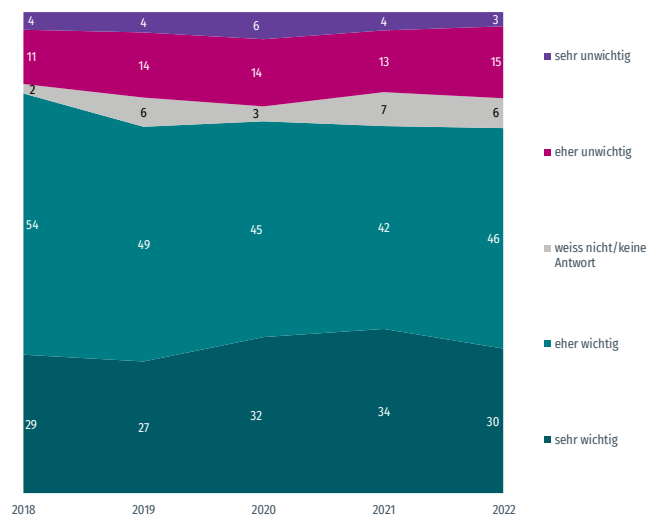
## 6.2 Stellenwert Beziehungen zu Europa

Die Schweizerinnen und Schweizer möchten geregelte Beziehungen mit der EU. 2022 ist eine klare Mehrheit von 76 Prozent dieser Meinung, wobei dieser Anteil seit 2019 weitgehend stabil bleibt. Keinen Wert auf Stabilität im Austausch mit der EU legen lediglich 18 Prozent.

### Trend Wichtigkeit Beziehung Schweiz - EU

"Wie wichtig sind Ihnen stabile Beziehungen der Schweiz mit der EU?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)

Grafik 25

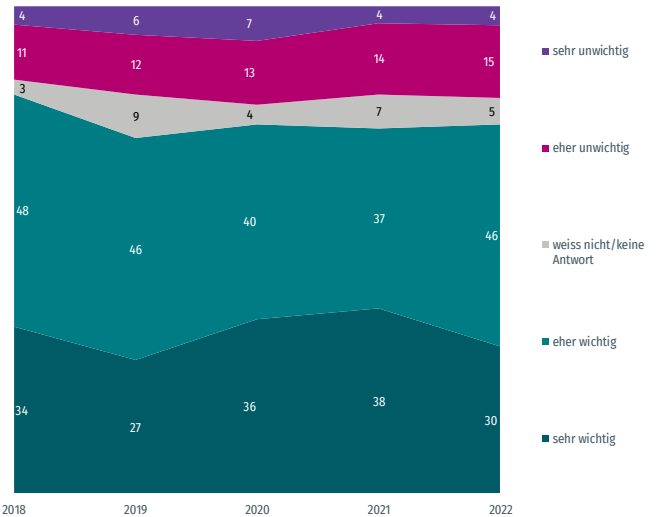
Die Lager sehen weitestgehend vergleichbar aus, wenn es um die Wichtigkeit der bilateralen Verträge geht. Auch hier gibt eine klare Mehrheit an, dass diese sehr oder eher wichtig sind. Tatsächlich dürfte hier in der Wahrnehmung der Stimmberechtigten auch eine grosse konzeptionelle Überschneidung vorhanden sein: Über Jahre waren die bilateralen Verträge Garant für Stabilität in der Beziehung zwischen der Schweiz und der EU. Nun, da diese von der EU zum Auslaufmodell erklärt und die Verhandlungen zum Rahmenabkommen seitens der Schweiz abgebrochen wurden, braucht es einen neuen Anlauf, um die mehrheitlich klar gewünschte Stabilität zu gewährleisten.

## Trend Wichtigkeit bilaterale Verträge

"Wie wichtig sind Ihnen die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)



Grafik 26

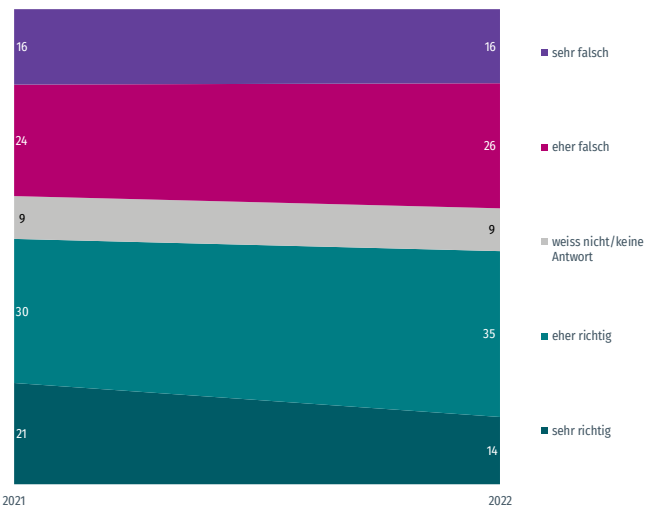
Das Urteil der Stimmberechtigten zur Strategie des Bundesrates im Umgang mit dem Rahmenabkommen fällt gemischt aus: 49 Prozent stehen heute eher hinter dem Abbruch, während 42 Prozent gegenteiliger Meinung sind. Trotz aktuell unklarer Perspektive in der weiteren Ausgestaltung der Beziehungen zur EU schätzen die Schweizerinnen und Schweizer den Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen damit - mindestens in der Tendenz - eher als die richtige Entscheidung ein. Allerdings hat der Anteil Befragter mit der Meinung, dies sei sehr richtig gewesen, seit 2021 deutlich abgenommen, während alle anderen Gruppen weitgehend unverändert blieben.

## Trend Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen

"Im Mai 2021 hat der Bundesrat beschlossen, die Verhandlungen mit der EU zu einem institutionellen Rahmenabkommen abzubrechen. War dieser Entscheid in Ihren Augen sehr richtig, eher richtig, eher falsch oder sehr falsch?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)



Grafik 27



Wie schwierig die Ausgangslage und die Lösungssuche in der Europafrage ist, zeigt auch die untenstehende Auswertung: Es herrscht eine regelrechte Kakophonie der Bedürfnisse, wenn es um die Prioritätensetzung in der Beziehung mit der EU geht. Zwar findet eine klare (und im Vergleich zu 2021 grösser gewordene) Mehrheit, dass eine Lösung der institutionellen Fragen mit der EU zwingend sei, da der Wirtschaftsstandort Schweiz ansonsten an Bedeutung verlieren würde. Fast ebenso viele sind jedoch der Meinung, die Schweiz würde den Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen unbeschadet überstehen, respektive es würde dem Bundesrat gelingen, ein neues und besseres Rahmenabkommen zu verhandeln. Zwar bleibt der Anteil Stimmberechtigter mit einer kritischen Haltung zur Personenfreizügigkeit noch knapp in der Minderheit. Es gibt jedoch 2022 deutlich mehr Schweizerinnen und Schweizer, die der Ansicht sind, dass der Zugang zu Europa für den Durchschnittsschweizer und die Durchschnittsschweizerin eine weniger hohe Bedeutung habe, als für die Elite des Landes. Ebenfalls fast die Hälfte der Befragten stimmt zudem der Aussage zu, dass der freie Personenverkehr die Schweiz mehr kosten als ihr nützen würde.

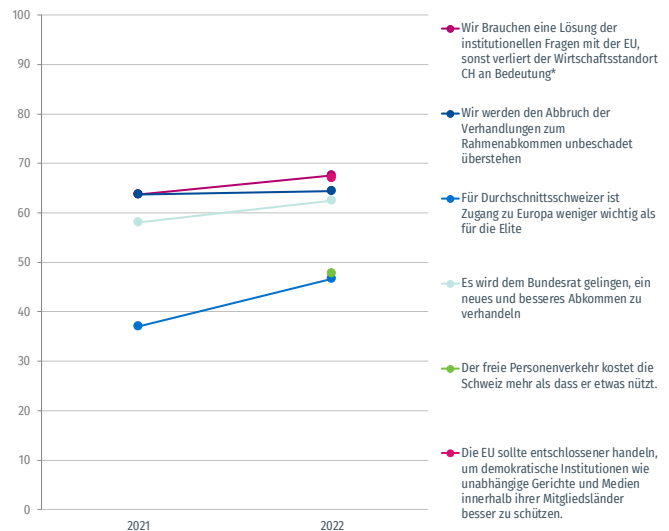
In der hohen Zustimmung zur Aussage, dass die EU ihre demokratischen Institutionen besser schützen solle, ist ein gewisses Unbehagen der Schweizerinnen und Schweizer gegenüber gewisser Vorgänge innerhalb der EU zu beobachten. Offenbar werden Entwicklungen wie der Streit mit Ungarn oder Polen um die Rechtsstaatlichkeit im Land durchaus wahrgenommen in der Schweiz und im Prozess der Meinungsbildung zu Europa mit in die Waagschale geworfen.

### Trend Aussagen rund um die Beziehung Schweiz - EU

"Wir haben hier einige Aussagen rund um die Beziehung der Schweiz zur EU gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigte, Anteil "voll/eher einverstanden"

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)  
 \* 2021: «Wir brauchen ein Rahmenabkommen, sonst verliert der Schweizer Wirtschaftsstandort an Bedeutung»



Grafik 28

## 6.3 Zukünftige Beziehungen mit Europa

Am grössten ist die Unterstützung der Schweizerinnen und Schweizer für die erneute Verhandlung eines Rahmenabkommens oder die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge. Diese Tatsache hat sich im Vergleich zu 2021 nicht verändert und nimmt in der Prioritätenliste eine Platzierung vor allen anderen möglichen Alternativen ein. Der Unterschied in der Unterstützung für dieses Vorgehen gegenüber den restlichen Möglichkeiten hat sich seit dem letzten Jahr nochmals akzentuiert. Die Erhaltung der Bilateralen im jetzigen Zustand oder auch ein EWR-Beitritt finden dagegen weniger Unterstützung als noch im letzten Jahr, bleiben jedoch die nächstbesten Optionen in den Augen der Stimmberechtigten.

Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU ganz zu kündigen, folgt auf Rang fünf bei den möglichen Präferenzen und liegt somit noch etwas vor der Kündigung der Bilateralen in ihrer Gesamtheit. Gar keine besonderen Beziehungen zur EU zu haben, ist in den Augen der Stimmberechtigten aber auch keine wirkliche Option (Rang sieben von acht abgefragten Optionen), wird aber dennoch einem vollen EU-Beitritt weiterhin vorgezogen.

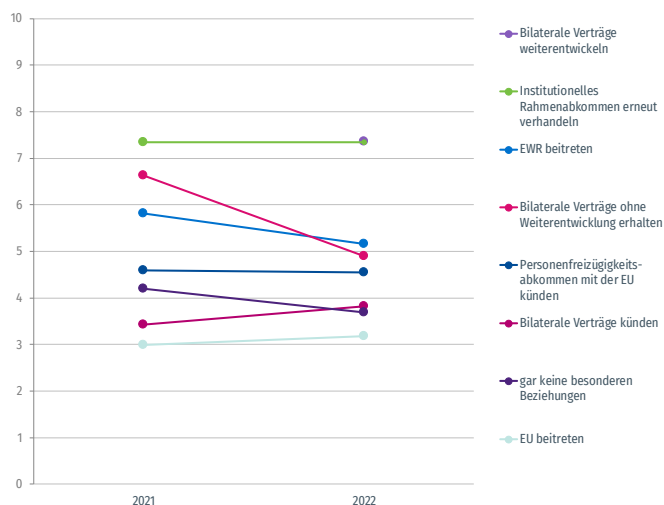
Zusammengefasst lässt sich sagen: Eine Weiterentwicklung der Verträge mit der EU ist gewünscht und wird dem Status quo oder sogar einem Rückbau der Beziehungen zur EU deutlich vorgezogen.

## Trend zukünftiges Verhältnis mit EU

"Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach aussehen? Bitte bringen Sie die verschiedenen Möglichkeiten der künftigen Ausgestaltung in eine Rangfolge entsprechend Ihrer persönlichen Präferenzen."

Der Wert 10 repräsentiert das bevorzugte Verhältnis am besten, der Wert 0 am wenigsten. Die Skalen wurden standardisiert, um die Mittelwerte zwischen den Jahren zu vergleichen.

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)

Grafik 29

Die Schweizerinnen und Schweizer fänden einen Durchbruch in den Verhandlungen mit der EU im Durchschnitt wichtig (Mittelwert 6.4 auf einer Skala von null bis zehn), sind aber weniger zuversichtlich, dass dieser auch gelingt (Mittelwert fünf auf einer Skala von null bis zehn).

## Durchbruch Verhandlungen mit EU

### Zuversicht und Wichtigkeit

"Wie zuversichtlich sind Sie, dass der Schweiz innerhalb des nächsten Jahres ein Durchbruch in den Verhandlungen mit der EU gelingt? 0 bedeutet ganz und gar nicht zuversichtlich und 10 bedeutet absolut zuversichtlich?"

"Und wieder auf einer Skala von 0 bis 10: Für wie wichtig halten Sie einen Durchbruch für die Zukunft der Schweiz? 0 bedeutet ganz und gar nicht wichtig und 10 bedeutet absolut wichtig?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juni/Juli 2022 (n = 1029)

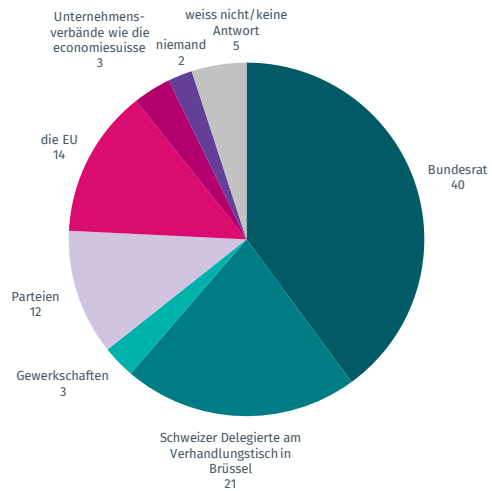
Grafik 30

Nach dem Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen ist nun in der Wahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer in erster Linie der Bundesrat in der Verantwortung, eine neue Lösung herbeizuführen (40%) gefolgt von den Schweizer Delegierten am Verhandlungstisch in Brüssel (21%). Die EU selbst sehen dagegen lediglich 14 Prozent im Lead für ein substantielles Weiterkommen. Noch weniger in der Verantwortung werden die Parteien (12%), Gewerkschaften (3%) oder auch Unternehmensverbände wie die economiesuisse (3%) gesehen.

## Verantwortung für Lösungsbeitrag in Verhandlungen mit EU

"Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens braucht es jetzt einen neuen Weg im Austausch mit der EU. Wer ist Ihrer Meinung nach in der grössten Verantwortung, zu einer neuen Lösung beizutragen?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juni/Juli 2022 (n = 1029)

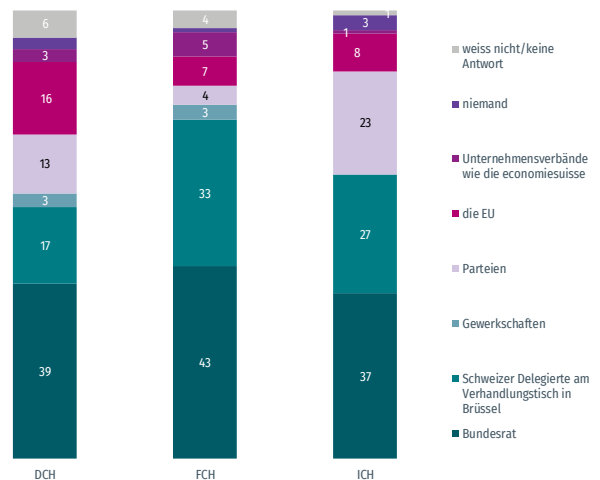
Grafik 31

Über die grundsätzliche Ausgangslage, dass nun primär der Bundesrat und seine Diplomaten in der Verantwortung für die nächsten Schritte mit der EU seien, ist man sich in allen drei Landesteilen der Schweiz einig. In der Romandie kommt diese Sichtweise besonders klar zum Ausdruck, während der Fokus im Tessin noch etwas mehr auf den Parteien liegt. Die Auswertung nach Sprachregionen zeigt auch, dass der Anteil Stimmberechtigter, für die ein Durchbruch vor allem durch Bestrebungen der EU zu erfolgen hat, primär durch einen Beitrag der Deutschschweiz zustande kommt. In der lateinischen Schweiz ist diese Sichtweise höchstens halb so stark vertreten.

## Verantwortlichkeit Durchbruch nach Sprache

"Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens braucht es jetzt einen neuen Weg im Austausch mit der EU. Wer ist Ihrer Meinung nach in der grössten Verantwortung, zu einer neuen Lösung beizutragen?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)

Grafik 32

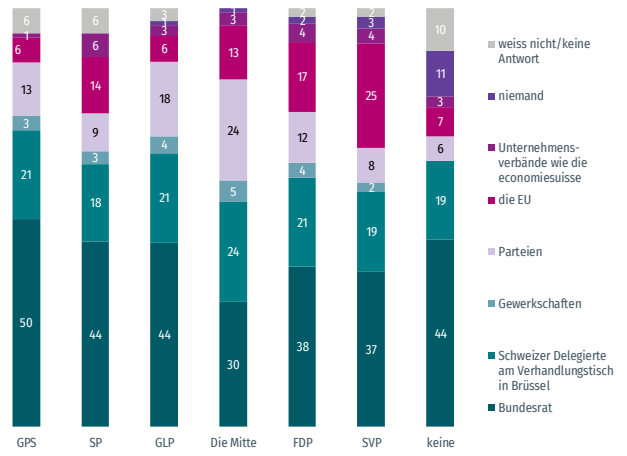
Unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit sind die Stimmberechtigten der Ansicht, dass der nächste grosse Schritt in der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU vom Bundesrat und seinen Delegierten kommen muss. Darüber hinaus gibt es in der Zuschreibung der Verantwortung je nach politischer Gesinnung durchaus Unterschiede. Die Grünen, Grünliberalen und die Mitte sehen die Parteien eher in der Verantwortung, als dass sie von der EU den nächsten Impuls sehen wollen. Bei den Wählerinnen und Wählern der SP, der FDP und der SVP ist es genau umgekehrt.

Das Verdikt fällt somit klar aus und dürfte den Verhandlungspartnern in Brüssel wohl tun: Selbst im eigenen Land ist man der Meinung, der Ball in der Europa-Frage liege nun bei den Schweizer Behörden.

## Verantwortlichkeit Durchbruch nach Partei

"Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens braucht es jetzt einen neuen Weg im Austausch mit der EU. Wer ist Ihrer Meinung nach in der grössten Verantwortung, zu einer neuen Lösung beizutragen?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)

Grafik 33

# 7 Wirtschaftsentwicklung

## 7.1 Individuelle Lage

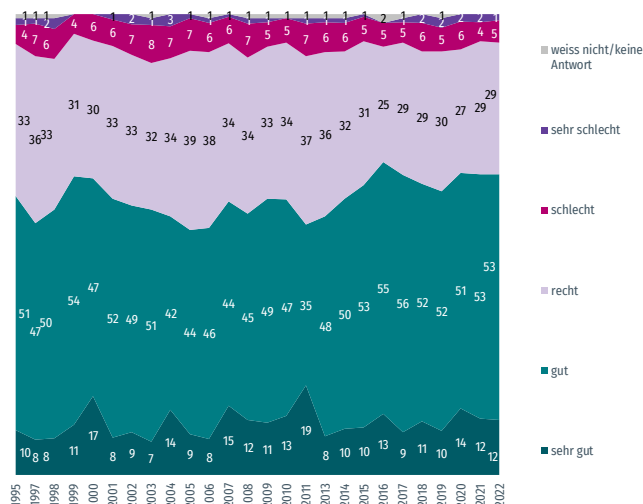
Den Schweizerinnen und Schweizern geht es wirtschaftlich gesehen im Grossen und Ganzen gut. Rund jede zehnte Person findet, dass es ihr sehr gut geht. Weitere 79 Prozent schätzen ihre Lage als gut (50%) oder immerhin recht (29%). Schlecht oder sehr schlecht geht es gemäss eigenen Angaben 6 Prozent der Stimmberechtigten. Das entspricht ungefähr dem Durchschnittswert der letzten Jahre. Im Vergleich: Gemäss Bundesamt für Statistik lag die Armutsquote in der Schweiz 2020 bei der Wohnbevölkerung bei 8,7 Prozent. Dass dieser Wert höher ist als der Anteil Personen, die in der untenstehenden Grafik angeben, wirtschaftlich prekär zu leben, dürfte dabei insbesondere damit zusammenhängen, dass die Armutsquote bei Personen mit Migrationshintergrund signifikant höher ist als bei den Stimmberechtigten, die im Credit Suisse Sorgenbarometer befragt werden<sup>33</sup>.

In den letzten zehn Jahren hat der Anteil Befragter, die angeben, dass es ihnen mindestens gut gehe, leicht zugenommen. Aller Krisen zum Trotz scheint der Wohlstand im Land somit – zumindest in der Wahrnehmung der Stimmbevölkerung – nicht abzunehmen.

### Trend aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage

"Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (N = 1774)

Grafik 34

Weniger gross ist der Optimismus dagegen beim Blick in die Zukunft. Zwar geht die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer weiterhin davon aus, dass es ihnen in den kommenden Jahren gleich gut gehen wird wie bisher. Der Anteil jener Befragten, die in der Zukunft jedoch eine Verschlechterung der Situation erwarten, ist im Vergleich zu 2021 deutlich angestiegen (+9 Prozentpunkte). Nie seit Messbeginn im Jahr 1995 war der Anteil Stimmberechtigter, die davon ausgehen, dass es ihnen in den nächsten zwölf Monaten wirtschaftlich schlechter gehen wird, grösser als heute (19%). Damit findet der seit 2015 erkennbare Trend hin zu einer verstärkt düsteren Sicht auf die eigene wirtschaftliche Zukunft dieses Jahr einen neuen Höhepunkt.

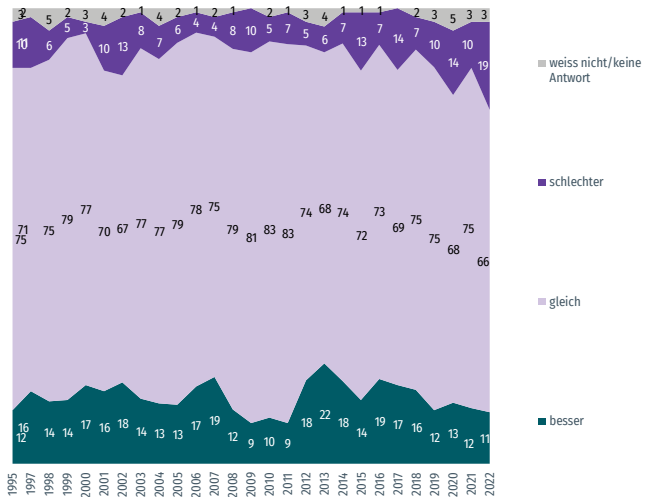
<sup>33</sup> [Armutsquote gemäss BFS](#)  
[Armutsquote nach Migrationsstatus gemäss BFS](#)

## Trend kommende individuelle wirtschaftliche Lage

"Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken, würden Sie dann sagen, dass es Ihnen wirtschaftlich gesehen besser, gleich oder schlechter als jetzt gehen wird?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (N = 1774)



Grafik 35

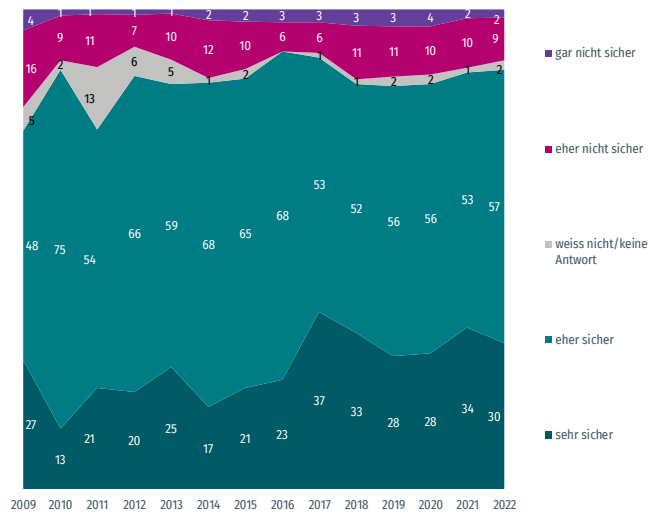
Dabei geht es nicht in erster Linie um die Angst, den eigenen Job zu verlieren. Wie bereits in Kapitel zwei ersichtlich wird, rangiert die Arbeitslosigkeit zum ersten Mal seit 1988 nicht mehr unter den zehn wichtigsten Sorgen, und der Anteil Personen, die ihren eigenen Arbeitsplatz als sicher einschätzen, nimmt in der Tendenz in den letzten Jahren eher zu. Da der eigene Arbeitsplatz kaum als gefährdet betrachtet wird, dürfte die zunehmend düstere Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage eher im Zusammenhang mit Unsicherheiten rund um die Versorgung des Landes oder den Erhalt des bisher gewohnten Lebensstandards angesichts von potenziellen Mangellagen und Teuerung zu sehen sein.

## Trend Filter Sicherheit eigener Arbeitsplatz

"Und ganz generell betrachtet: Wie sicher ist Ihrer Meinung nach Ihr eigener Arbeitsplatz?"

in % berufstätige Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1058)



Grafik 36

Eine Mehrheit der Stimmberechtigten ist einverstanden mit der Aussage, dass sich das Wohlergehen der Wirtschaft auch auf die Gesellschaft auswirkt (81% sehr/eher einverstanden) oder dass die Stimmberechtigten unterschätzen würden, wie wichtig grosse Konzerne für den Wohlstand im Land seien (73%). Damit stellen sich die Schweizerinnen und Schweizer eindeutig hinter den Wirtschaftsstandort Schweiz.

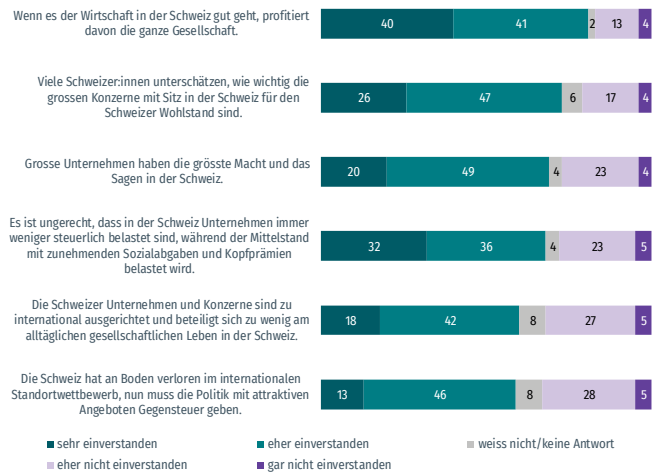
Das bedeutet allerdings nicht, dass nicht auch kritische Töne gegenüber von Unternehmen respektive der Wirtschaft gegenüber zu hören wären. So empfindet jeweils eine Mehrheit die grosse Macht einzelner Unternehmen (69%), deren zuweilen als zu stark empfundene steuerliche Bevorzugung gegenüber dem Mittelstand (68%) oder auch die fehlende Verwurzelung in der Schweiz (60%) als Problem.

Am geringsten (wenn auch mit 59% ebenfalls mehrheitlich) ist die Zustimmung zur Aussage, dass die Schweiz im internationalen Wettbewerb um Standortattraktivität an Boden verloren hätte und die Politik darum mit attraktiven Angeboten dagegenhalten müsse. Die höchstens lauwarmer Zustimmung zu diesem Argument passt zu den Urnengängen der letzten Monate und Jahre: Vorlagen zu Steuersenkungen für Unternehmen sind in Volksabstimmungen regelmässig gescheitert. Es zeichnet sich immer mehr ab, dass die Stimmberechtigten zwar die Schweiz als attraktiven Standort für Unternehmen im Rennen haben wollen, die (liberale) Steuer- und Wirtschaftspolitik aber nicht als einziges und zwingendes Mittel dafür gesehen wird.

## Aussagen zu Wirtschaft und Politik

"Nun sehen Sie einige Aussagen zum Thema Wirtschaft und Politik. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (N = 1045)

Grafik 37

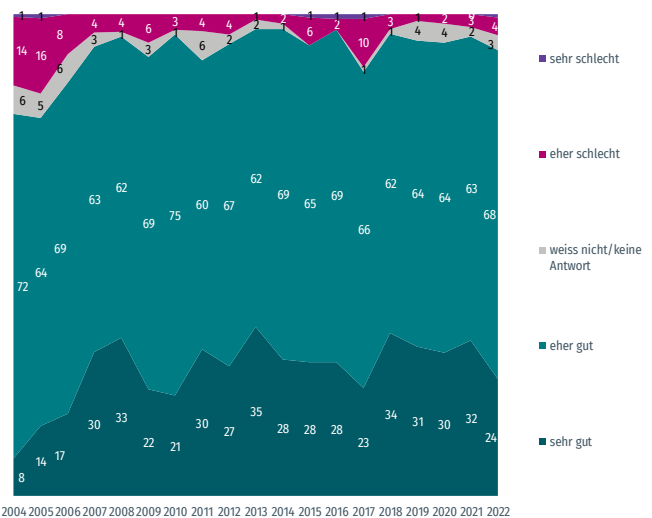
## 7.2 Schweiz und Welthandel

Das Selbstbewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer mit Hinblick auf den Standort Schweiz dürfte nicht zuletzt auch damit zusammenhängen, dass die hiesige Wirtschaft im Vergleich zum Ausland in ihren Augen gut dasteht. Der Anteil jener Befragten, welche davon ausgehen, es gehe der Wirtschaft in der Schweiz sehr gut, ist allerdings seit dem letzten Jahr deutlich zurückgegangen.

### Trend Schweizer und ausländische Wirtschaft im Vergleich

"Wie steht die Schweizer Wirtschaft im Vergleich zur ausländischen Wirtschaft da?"

in % Stimmberechtigte



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)

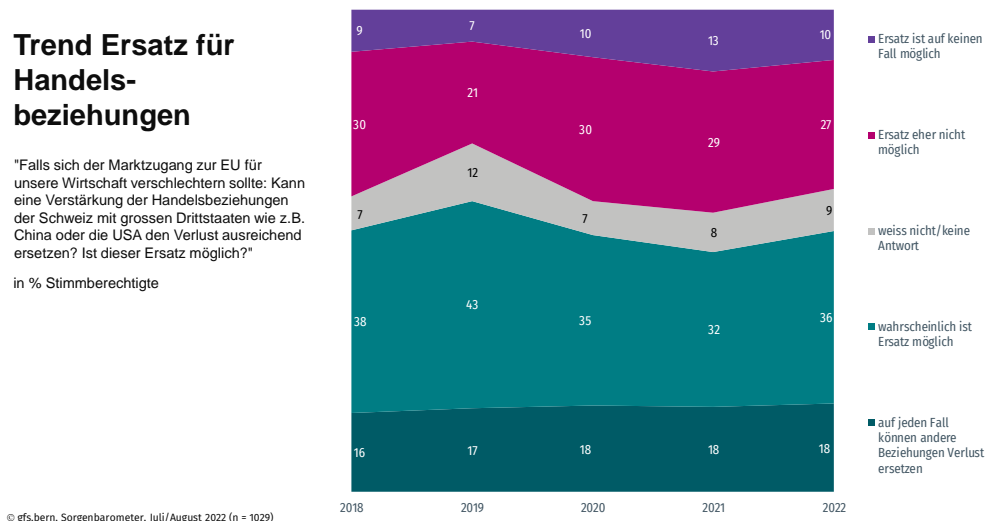
Grafik 38

Die Zukunft der Beziehungen zur EU ist alles andere als geregelt – mit unbekanntenen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz. Sollte sich der Marktzugang zur EU für die Schweizer Wirtschaft verschlechtern, ist 2022 eine Mehrheit von 54 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer der Meinung, dass sich das über intensivere Handelsbeziehungen mit Drittstaaten kompensieren liesse. Dieses Jahr nimmt die Unterstützung dieser Ansicht in der Stimmbevölkerung zudem zum ersten Mal seit 2018 wieder zu. Ein Blick in die Zahlen zum Aussenhandel der Schweiz zeigt derweil auf, wie schwierig dieses Unterfangen in der Realität sein dürfte: Über die Hälfte vom gesamten Warenhandelsvolumen der Schweiz mit Partnern im Ausland geht in die EU (gemäss EDA waren es 2021 rund 58%).<sup>4</sup> Einen kompletten Ersatz dafür zu finden, dürfte schwierig sein.

## Trend Ersatz für Handelsbeziehungen

"Falls sich der Marktzugang zur EU für unsere Wirtschaft verschlechtern sollte: Kann eine Verstärkung der Handelsbeziehungen der Schweiz mit grossen Drittstaaten wie z.B. China oder die USA den Verlust ausreichend ersetzen? Ist dieser Ersatz möglich?"

in % Stimmberechtigte



Grafik 39

Trotz der grundsätzlich relativ breit vorhandenen Zuversicht hinsichtlich der verschiedenen Optionen der Schweiz im Bereich des weltweiten Handels kann festgestellt werden: Ein Alleingang der Eidgenossenschaft scheint in den letzten Jahren immer weniger Schweizerinnen und Schweizern die beste Strategie im globalen Geschehen zu sein. Angesichts der grossen geopolitischen Unsicherheiten erscheint eine Annäherung an die EU plötzlich als die vielversprechendere Strategie. Zum ersten Mal seit vier Jahren geben mehr Schweizerinnen und Schweizer an, dass sie sich eine stärkere Anlehnung an die Positionen der EU wünschen, als dass sie eine eigenständige Nischenpolitik verfolgt sehen möchten.

<sup>4</sup> Schweiz-EU in Zahlen: Statistiken zu Handel, Bevölkerung und Verkehr, Oktober 2022, EDA.

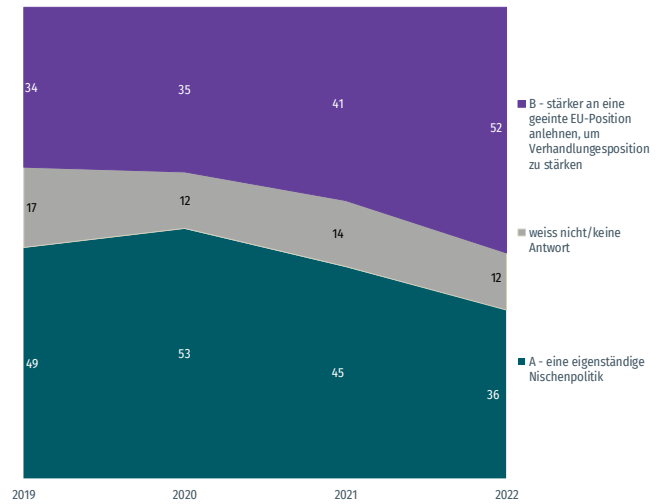


## Trend geeignete Strategie Schweiz im Welthandel

"Der Welthandel wird vermehrt gesteuert von der Machtpolitik von Grossmächten. Welche Strategie soll die Schweiz hier eher verfolgen – a oder b?"

in % Stimmberechtigte

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)



Grafik 40

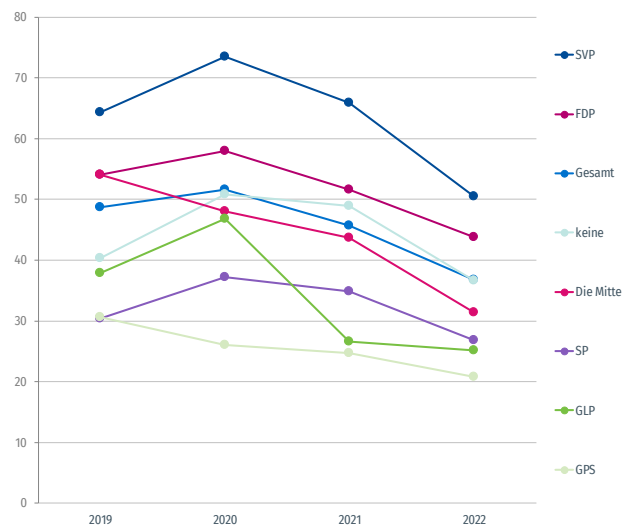
Dieser Sinneswandel ist auf unterschiedlichen Niveaus der Zustimmung über alle Parteizugehörigkeiten zu beobachten und auch bei Personen ohne feste Parteibindung eindeutig vorhanden. Auch bei den Sympathisantinnen und Sympathisanten der SVP wünscht sich nur noch die Hälfte einen Alleingang der Schweiz.

## Trend geeignete Strategie Schweiz im Welthandel

"Der Welthandel wird manchmal gesteuert von der Machtpolitik von Grossmächten. Welche Strategie soll die Schweiz hier eher verfolgen – a oder b?"

in % Stimmberechtigte, Anteil "eine eigenständige Nischenpolitik"

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = 1029)



Grafik 41

# 8 Synthese

In Thesenform fassen wir die Ergebnisse des Credit Suisse Sorgenbarometers 2022 wie folgt zusammen:

**Sorgenlandschaft 2022: Zwischen Stabilität und aktualitätsgetriebenen Neuzugängen**  
Die Sorgenlandschaft der Schweizerinnen und Schweizer 2022 ist geprägt durch eine Mischung aus Langzeitsorgen und aktualitätsgetriebenen Veränderungen. Themen wie die Umwelt – die neue Top-Sorge – die Altersvorsorge, die Kosten des Gesundheitswesens, die EU oder auch Migrationsthemen sind in der Sorgenrangliste seit Jahren hoch angesiedelt und bleiben es auch dieses Jahr. Diese Themen sind tief im politischen Kompass der Schweizerinnen und Schweizer verankert und dürften die politischen Prioritäten über Jahre strukturieren. Diese "klassischen" Sorgen werden aber im Angesicht der Krise in Verbindung mit dem Krieg in der Ukraine durch aktualitätsgetriebene Sorgen ergänzt. Die Corona-Pandemie ist allerdings so rasch wieder aus der Problemwahrnehmung der Bevölkerung verschwunden, wie sie vor drei Jahren aufgetaucht ist. Stattdessen ist die Sorgenlandschaft 2022 geprägt durch das Aufkommen neuer Unsicherheitsthemen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Dazu gehören Energiefragen, die Versorgungssicherheit oder auch die Teuerung. In diesen Fragen scheint in der Bevölkerung eine gewisse Spannung vorhanden zu sein: Zwar ist die Situation aktuell weiterhin für die meisten tragbar, aber das Bewusstsein für diese Themen ist klar vorhanden und steigt an. Es fällt insgesamt auf, dass sogenannte materialistische Themen, wie beispielsweise die Sicherheit, 2022 höher priorisiert werden, während postmaterielle Themen, wie die Gleichstellung der Geschlechter, aktuell eher in den Hintergrund rücken.

**Helvetische Wagenburg oder europäische Allianz?**

Nach der Corona-Pandemie folgt mit dem Krieg in der Ukraine die nächste grosse Krise. Während die Schweiz in der Vergangenheit eine grosse Resilienz angesichts von gesteigerter Unsicherheit und Instabilität gezeigt hat, scheint der Krieg nochmals mehr in Bewegung gebracht zu haben, als dies bei der Corona-Pandemie der Fall war. Zwar ist in der Europa-Frage nach wie vor keine klare Strategie erkennbar, einem Alleingang der Schweiz wird aber zunehmend eine Absage erteilt. Viel eher soll Sicherheit in einer Annäherung an die EU gesucht werden. Am liebsten wäre den Schweizerinnen und Schweizern die Verhandlung eines neuen Rahmenabkommens. In den Augen der Stimmberechtigten liegt der Ball für die nächsten Schritte in den Verhandlungen mit der EU dabei klar beim Bundesrat und seinen Diplomatinen und Diplomaten, und nicht in Brüssel. Die Stimmbevölkerung möchte von der Politik insgesamt gerne eine offensivere Herangehensweise sehen und ist relativ zuversichtlich, was das Image der Schweiz im Ausland angeht. Die Krisen der letzten Jahre haben Europa aber in der Wahrnehmung der Befragten in der Tendenz eher geeint als auseinandergetrieben, was die Aufgabe der Schweizer Diplomatie insofern erschweren könnte, als dass sie einem gestärkten Verhandlungspartner gegenübertritt.

**Keine Experimente in der Krise**

Das Vertrauen in die Institutionen der Politik, Wirtschaft und Medien im letzten Jahr ist stabil und nimmt sogar eher wieder leicht zu. Angesichts der grossen Unsicherheiten der heutigen Zeit, scheinen die Schweizerinnen und Schweizer eine gewisse Sicherheit in Bewährtem zu suchen. In unsicheren Zeiten wünschen die Schweizerinnen und Schweizer keine Experimente. Eine breitere Verankerung von Regierungs- oder Institutionenmisstrauen, wie es zuweilen während der Pandemie von einzelnen Protestbewegungen suggeriert wurde, ist in den Daten des Sorgenbarometers nicht erkennbar.

**Sorge um Wirtschaft und Lebensstandard – aber nicht um Arbeitslosigkeit**

Die Stimmbevölkerung der Schweiz blickt mit deutlich weniger Optimismus in die (wirtschaftliche) Zukunft, als dies früher der Fall war. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Angst, den eigenen Job zu verlieren. Im Gegenteil: die Arbeitslosigkeit fällt erstmals seit Beginn der Befragung im Jahr 1988 aus der Top-zehn der grössten Sorgen. Vielmehr geht es um die Unsicherheit, ob und wie die Versorgung des Landes und der Erhalt des bisher gewohnten Lebensstandards unter den aktuellen Voraussetzungen gewährleistet werden kann.

# 9 Anhang

## 9.1 Sorgentabelle im Trend (1988-2022)

Jahr	AHV/ Altentvor- sorge	Gesund- heit/ Kranken- kassen	Ausländer/ -innen	Flüchtlinge /Asyl	Umwelt- schutz	Arbeits- losigkeit/ JugendAL	EU/ Bilaterale/ Integration	Neue Armut
1988					74	49		
1989					71	27		
1990					70	21		
1991					61	34		
1992					50	73		
1993	33	19			47	89		
1994	28	24			47	83		
1995	40	32	30	31	31	70	48	
1996	36	46	22	25	20	75	34	21
1997	39	52	21	30	19	81	39	19
1998	45	46	24	47	19	74	40	17
1999	45	48	22	56	18	57	43	18
2000	49	59	22	41	25	34	45	18
2001	37	64	22	32	15	45	34	27
2002	49	58	19	43	18	52	21	22
2003	59	63	18	36	14	67	15	27
2004	49	56	24	45	11	69	18	22
2005	45	51	30	28	9	71	19	29
2006	51	55	27	39	7	66	18	28
2007	45	38	35	26	25	57	20	25
2008	39	40	24	30	20	53	17	28
2009	36	36	23	17	17	66	12	22
2010	45	41	31	19	18	76	23	18
2011	27	30	36	21	16	52	14	17
2012	36	30	37	32	18	49	20	17
2013	29	21	37	28	16	44	16	18
2014	37	23	40	26	16	51	20	14
2015	38	22	43	35	15	56	24	15
2016	28	21	36	26	13	45	22	16
2017	44	26	35	19	16	44	21	14
2018	45	41	37	31	23	22	22	18
2019	47	41	30	20	29	26	21	21
2020	37	28	28	23	29	31	23	13

2021	39	25	20	19	39	14	33 <sup>5</sup>	14
2022	37	24	19	16	39	14	25	11
Jahr	Löhne	Bundes- finanzen	Verkehrs- fragen/ Staus	Rassismus /Fremden- feindlich- keit	Soziale Sicher- heit	Inflation/ Teuerung	Persön- liche Sicherheit	Gleich- stellung
1988								
1989								
1990								
1991								
1992								
1993								
1994								
1995			12		22	15	14	10
1996	13	19	7		18	12	13	8
1997	14	22	7		15	10	13	3
1998	12	17	12		15	8	15	7
1999	13	26	7		17	5	18	7
2000	13	22	11	15	15	10	15	7
2001	19	19	10	10	13	10	14	4
2002	9	20	10	7	16	9	19	5
2003	12	22	6	11	21	10	16	3
2004	12	26	7	10	22	15	23	3
2005	21	23	4	7	15	12	20	4
2006	26	17	3	9	19	19	13	6
2007	23	18	6	9	19	20	30	5
2008	17	20	6	8	20	32	27	4
2009	16	12	5	5	31	14	25	2
2010	7	10	7	4	37	15	28	2
2011	14	11	8	4	26	15	27	3
2012	13	8	9	10	19	9	21	5
2013	19	10	13	11	21	13	24	5
2014	10	11	12	11	16	9	17	3
2015	10	9	8	10	12	11	17	3
2016	14	10	15	12	11	12	15	6
2017	6	13	19	7	18	15	14	8
2018	15	15	15	14	13	13	12	11
2019	11	12	8	10	14	12	23	11
2020	8	8	8	11	17	10	11	8

<sup>5</sup> ab 2021 inklusive «Meinungsverschiedenheiten mit der EU»

2021	9	8	9	10	14	8	10	13
2022	9	7	8	6	13	24	7	9
Jahr	(Kern-) Energie/ Versorgung	Zusammen- leben	Bildungs- wesen	Sicherheit im Internet/ Cyber- Spionage	Global- isierung	Drogen/ Alkohol	Familien- politik/ Kinder- betreuung	Terroris- mus/ Extre- mismus
1988						64		
1989						72		
1990						70		
1991						62		
1992						64		
1993						73		
1994						76		
1995	10	11				34	10	
1996	4	6			8	30	8	
1997	5	6			9	28	3	
1998	4	5			10	22	7	
1999	7	6			13	16	7	
2000	11	5			11	15	7	1
2001	6	10			24	11	4	27
2002	6	9			17	12	5	8
2003	4	7			15	18	3	6
2004	2	5			10	11	3	11
2005	5	5			16	14	4	15
2006	11	5			11	14	6	11
2007	10	5			14	10	5	10
2008	15	5			11	10	4	7
2009	9	5			11	9	2	4
2010	11	5	3		14	8	2	3
2011	15	8	3		13	7	3	4
2012	16	5	6		7	10	5	5
2013	19	12	6	7	11	14	5	5
2014	17	7	4	9	10	16	3	9
2015	13	7	3	14	7	13	3	10
2016	10	11	9	9	9	10	8	14
2017	16	10	7	10	8	11	10	13
2018	11	11	10	9	8	8	8	8
2019	14	8	8	7	6	13	8	6
2020	14	8	7	8	12	10	4	3
2021	14	12	7	9	10	7	5	4

Jahr	Banken- krise	Digital- isierung/ Techno- logisierung/ Zukunft der Arbeitswelt	Sozial- partner- schaft	Religiöser Fundament- alismus	Schwächen direkte Demokratie	Land- wirtschaft/ Milchpreis/ Subventionen	Wirtschafts- lage/ Konjunktur/ Franken- stärke	
2022	25	9	8	5	13	5	5	3
1988								
1989								
1990								
1991								
1992								
1993								
1994								
1995						13		
1996			8			13		
1997			7			8		
1998			7			7		
1999			5			7		
2000			7			7		
2001			5			7		
2002			5			12		
2003			6			11		
2004			8			6		
2005			9			4		
2006			8			10		
2007			7			7		
2008			10			4		
2009	29		11	4		5		
2010	13		5	7		5		
2011	30		10	7		5		
2012	14		7	6		6		
2013	11		6	8		8		
2014	14		9	7	6	5		
2015	9		7	6	4	3		
2016	11	4	9	8	7	9		
2017	8	7	6	7	9	10		
2018	7	7	7	6	6	6	6	
2019	4	6	4	6	6	5	11	
2020		6	6	4	6	4	8	
2021		9	6	4	7	6	5	
2022		4	4	2	5	5	6	

Jahr	Benzin-/Erdölpreise	Eurokrise	Reform des Staates	Armee-fragen	Meinungs-verschiedenheiten mit der EU	Übernahme von Schweizer Unternehmen durch ausländische Investoren	Globale Handelskonflikte
1988							
1989							
1990							
1991							
1992							
1993							
1994							
1995			5	9			
1996			5	6			
1997			6	4			
1998			4	4			
1999			4	7			
2000			5	7			
2001			3	5			
2002			4	4			
2003			4	3			
2004			5	6			
2005			6	5			
2006			6	4			
2007			4	5			
2008			7	9			
2009	4		7	6			
2010	3		10	7			
2011	5		9	5			
2012	13	22	4	10			
2013	7	15	6	10			
2014	9	16	6	8			
2015	5	24	5	7			
2016	6	19	9	6			
2017	4	10	7	5			
2018	6	5	4	0			
2019	-	4	4	0	16	6	3
2020			7		13	8	
2021	6		4				
2022	14		3			7	

Jahr	Erhöhte Wohnkosten/ Anstieg Mietpreis	Corona-Pandemie und ihre Folgen	Stabilität des Finanzsystems	Versorgungssicherheit (Energie, Medikamente, Nahrungsmittel)	Krieg in der Ukraine	Verlust Neutralität	neue Weltordnung, Aufstieg Chinas, der Westen unter Druck
1988							
1989							
1990							
1991							
1992							
1993							
1994							
1995							
1996							
1997							
1998							
1999							
2000							
2001							
2002							
2003							
2004							
2005							
2006							
2007							
2008							
2009							
2010							
2011							
2012							
2013							
2014							
2015							
2016							
2017							
2018							
2019							
2020	10	52					
2021	17	40	3				
2022	13	13	4	21	20	13	10



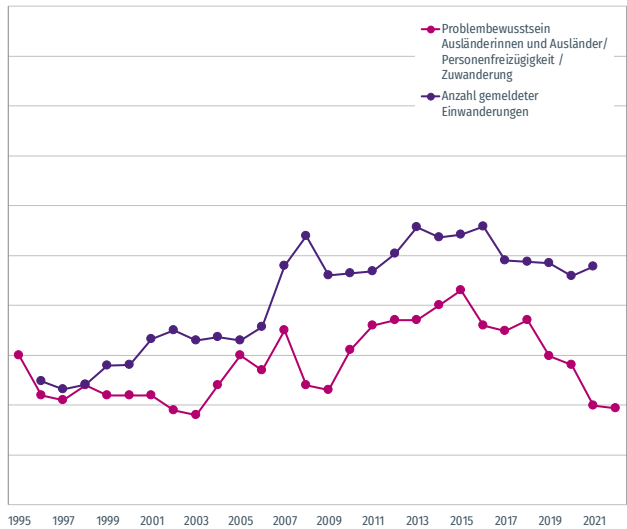
## 9.2 Korrelation Problembewusstsein und realpolitische Indikatoren

### Trend Problembewusstsein 1996-2022

#### Ausländerinnen und Ausländer/ Personenfreizügigkeit/ Zuwanderung

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen  
bzw. in Anzahl gemeldeter Personen\*

\*Werte Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung 1996-2015, in Anzahl gemeldeter Personen (Bundesamt für Statistik)  
Ab 2011 Wechsel des Produktionsverfahrens und neue Definition der ständigen Wohnbevölkerung, die zusätzlich Personen im Asylprozess mit einer Gesamtaufenthaltsdauer von mindestens 12 Monaten umfasst.  
Ausländerinnen und Ausländer/Integration (ab 2008)  
Ausländerinnen und Ausländer/Integration/  
Personenfreizügigkeit  
(ab 2009)  
Ausländerinnen und Ausländer/Personenfreizügigkeit/  
Zuwanderung (ab 2013)  
© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = jeweils ca. 1000)



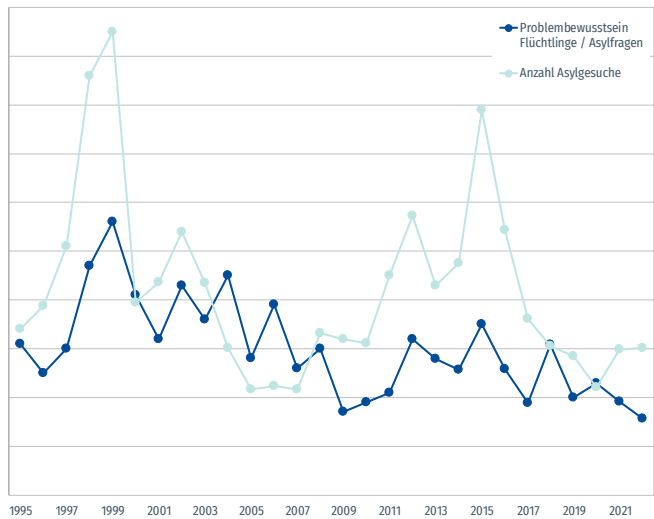
Grafik 42

### Trend Problembewusstsein 1995-2022

#### Flüchtlinge/Asylfragen

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen  
bzw. in Anzahl Asylgesuche\*

\*Werte der Asylgesuche von 1995-2022, in Anzahl gemeldeter Gesuche (Bundesamt für Statistik, Bundesamt für Migration).  
Werte der Asylgesuche im Jahr 2022 auf Stand September



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli/August 2022 (n = jeweils ca. 1000)

Grafik 43

## 9.3 gfs.bern-Team

Cloé Jans

Leiterin operatives Geschäft, Politikwissenschaftlerin, CAS in Kommunikationsmanagement und Leadership

[cloe.jans@gfsbern.ch](mailto:cloe.jans@gfsbern.ch)

Schwerpunkte:

Image- und Reputationsanalysen, Jugend- und Gesellschaftsforschung, Abstimmungen / Kampagnen / Wahlen, Issue Monitoring / Begleitforschung politische Themen, Medienanalysen, gesundheitspolitische Reformen und Fragen, qualitative Methoden

Lukas Golder

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

[lukas.golder@gfsbern.ch](mailto:lukas.golder@gfsbern.ch)

Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen  
Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

Adriana Pepe

Junior Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

[adriana.pepe@gfsbern.ch](mailto:adriana.pepe@gfsbern.ch)

Schwerpunkte:

Gesellschaftsforschung, direkte Demokratie, Abstimmungen, Energiepolitik

Aaron Venetz

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Datenwissenschaftler und Politikwissenschaftler

[aaron.venetz@gfsbern.ch](mailto:aaron.venetz@gfsbern.ch)

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen

Thomas Burgunder

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mathematiker

[thomas.burgunder@gfsbern.ch](mailto:thomas.burgunder@gfsbern.ch)

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse

Daniel Bohn  
Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung  
[daniel.bohn@gfsbern.ch](mailto:daniel.bohn@gfsbern.ch)

Schwerpunkte:  
quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung,  
Visualisierung

Roland Rey  
Mitarbeiter Administration  
[roland.rey@gfsbern.ch](mailto:roland.rey@gfsbern.ch)

Schwerpunkte:  
Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration,  
Vortragsadministration

